

ASYL UND MIGRATION: EINE SCHLÜSSELFRAGE FÜR EUROPA

6. und 7. März 2019 - Rathaus von Paris



In einer Zeit, in der die Migrationsfrage einen der Vorwände für einen Anstieg populistischer und rechtsextremer Bewegungen in ganz Europa darstellt, organisierten France Terre d'Asile und die Heinrich-Böll-Stiftung Frankreich am 6. und 7. März 2019 eine Konferenz im Pariser Rathaus, um Asyl- und Migrationsfragen in Europa zu diskutieren.

Teilnehmer waren Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Frankreich und Deutschland befassen (Forum réfugiés-Cosi, AWO, Samu social, Secours populaire, PRO ASYL, Secours Catholique, Diakonie, usw.), Wissenschaftler und Forscher mit einschlägiger Expertise (darunter Pascal Perrineau, François Héran und François Gemenne) und Kommunalpolitiker, die an der Aufnahme beteiligt sind (Bürgermeister von Grande-Synthe, Köln und Palermo).

Die fünf organisierten Diskussionsrunden zielten auf einen Austausch aktiver, operativer Akteure, hauptsächlich französischer und deutscher Herkunft, ab, um die Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationen, Verbänden und gewählten Vertretern, die an Gastmissionen in Europa beteiligt sind, zu stärken und ihr Fachwissen und die Botschaft, die sie vermitteln, zu verdeutlichen. Es wurden die Fragen der Aufnahme und Integration, die Kommunikationsstrategien zu Asyl und Einwanderung sowie der Stand der Debatte und die öffentliche Meinung zu Migrationsfragen in Europa diskutiert.

Im Jahr 2018 wurden in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union 634.700 Asylanträge gestellt, gegenüber 728.470 im Jahr 2017 und 1.322.825 im Jahr 2015. Während die Zahl der Schut-

zanträge auf ein ähnliches Niveau wie 2014 zurückgekehrt ist, ist es den Regierungen der Mitgliedstaaten immer noch nicht gelungen, eine wirksame und nachhaltige europäische Migrationspolitik zu etablieren. Schlimmer noch, Europa erlebt das Wiederaufleben nationalistischer Ideen, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheiten werden von einigen in Frage gestellt. Innerhalb der Europäischen Union entsteht dann eine ganz klare Trennlinie gegenüber populistischen Staats- und Regierungschefs, die jede gemeinsame Politik der Solidarität und eine oft komplexere europäische Antwort ablehnen.

Andererseits engagieren sich viele zivilgesellschaftliche Akteure, Bürger und gewählte Vertreter für Flüchtlings- und Asylfragen und wehren sich dagegen, dass bestimmte politische Kräfte die Europäische Union bedrohen und, allgemeiner gesagt, demokratische Systeme aufrechterhalten bleiben.

Angesichts der Verschärfung der Migrationspolitik in einigen europäischen Ländern, die so weit geht, dass Hilfe für Migranten strafrechtlich verfolgt werden kann, und der dramatischen humanitären Situation im Mittelmeerraum ist das Handeln seitens von Verbänden und Aufnahmestädten unerlässlich. Die „nationale Vereinigung der freundlichen Städte und Territorien“ (*Association des villes et territoires accueillants*) in Frankreich, die „Solidarity Cities“ und die „sicheren Häfen“ (*Seebrücke*) in Deutschland sind allesamt Initiativen, die den Bedenken eines Teils der europäischen Bevölkerung hinsichtlich der Fähigkeit von Neuanköm-

mlingen sich zu integrieren, und derjenigen unserer Gesellschaften, auf sie zu reagieren, zuwiderlaufen.

Die Stellungnahmen dieser Akteure, ergänzt durch die Beiträge von Experten und Beobachtern, hoben in diesen zwei Tagen Initiativen und Maßnahmen der Zivilgesellschaft hervor, die zeigen, in welche Richtung eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik gehen könnte.

Wer ist zu aufnehmen und warum? Wie ist die Aufnahme? Welcher gemeinsame Rahmen für eine gemeinsame Integrationspolitik?

> PROGRAMM DES KOLLOQUIUMS

6. März 2019

„Asyl und Migration: Zum Stand der Debatte und öffentlichen Meinung in Deutschland, Frankreich und Europa“

„Asyl und Migration heute: Fakten und Mythen“

„Aufnehmen und integrieren: Die Rolle von Städten, NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen“

„Wie kann man über Asyl und Einwanderung in Europa kommunizieren?“

7. März 2019

Rede von Herrn Laurent Berger

„Asyl-, Menschenrechts- und Aufnahmestrategien“

Die „Deklaration von Paris“

> Eröffnungsansprachen

Dr. Ellen Ueberschär

Vorstandsvorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung

Asyl und Einwanderung sind in den deutschen, französischen und europäischen Debatten sehr umstritten. Sie können das europäische Projekt gefährden, indem sie Grundprinzipien wie den Liberalismus und die Menschlichkeit der europäischen Idee in Frage stellen. Die Anwesenheit der wichtigsten deutschen und französischen zivilgesellschaftlichen Akteure in den Bereichen Asyl, Flüchtlingshilfe und Integration sowie der Bürgermeister von Köln, Palermo und Grande-Synthe auf dieser Konferenz ist daher ein wichtiges Signal.

Während von einigen Ländern die Migration als „Mutter aller Probleme“ dargestellt wird, sehen viele andere sie als Chance und Normalität, die auf globaler und lokaler Ebene gestaltet werden muss. Auf europäischer Ebene befindet sich die Asyl- und Einwanderungspolitik in einer Sackgasse, während die Frage, wie unsere Gesellschaften und Europa insgesamt einen fortschrittlichen, humanitären und geordneten Ansatz zum Umgang mit Migration und Flucht finden können, immer dringlicher wird.

Eine solche Politik scheitert jedoch nicht an den europäischen Institutionen. Der Ball liegt vielmehr beim Rat und damit bei den Mitgliedstaaten. Es gibt viele Möglichkeiten für ein konkretes bürgerschaftliches Engagement: Die Orte in Europa, an denen die Menschen willkommen geheißen werden, sind diejenigen, an denen sie Unterstützung erhalten und integriert sind, an denen es eine Bereitschaft, aber auch Ideen gibt, Einwanderung und Asyl in eine Chance für Europa zu verwandeln. Es sind die Städte und Dörfer und ihre Gemeinden, die eine Rolle spielen. Jeder arbeitet in einem Netzwerk, initiiert pragmatische Aktivitäten füreinander und ignoriert mutig die bestehenden Hindernisse auf europäischer Ebene. Wohnen, Arbeit, Bildung, soziales Zusammenleben: All diese Bereiche sind diejenigen, in denen das Know-how auf lokaler Ebene am größten ist.

In Deutschland war eine gute Zusammenarbeit zwischen Städten und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Schlüssel zu einer relativ erfolgreichen Kontrolle im Jahr 2015, da sie es ermöglichte, Probleme auf kommunaler Ebene anzugehen. Die kontraproduktiven Versuche von Rechtspopulisten und autoritären Kräften in Europa, die Ereignisse auszunutzen, standen und stehen im krassen Gegensatz dazu. Sie wollen Europa und ihre jeweiligen nationalen Gesellschaften spalten



und die Angst vor angeblicher Entfremdung schüren.

Gleichzeitig verfolgen die nationalen Regierungen in Frankreich und Deutschland zwei Hauptstrategien. Einerseits behandeln sie das Thema Einwanderung und Asyl so wenig wie möglich in der Öffentlichkeit – oder dann nur im Falle einer absoluten Dringlichkeit, die die die eigentlichen Fragen aber nicht nachhaltig angeht. Der Wunsch, rechte Populisten so „zurückzudrängen“, hat nicht funktioniert und wird nicht funktionieren, und umgekehrt werden sie die Gewinner sein. Andererseits konzentrieren sich beide Länder auf Isolation und administrative Abschreckung sowie auf rechtliche Hindernisse und nicht auf Integration. Dies wird nicht zu humanitärer oder geordneter Migration führen, sondern einen «Wettlauf nach unten» auslösen, bei dem sich die Mitgliedstaaten gegenseitig überbieten, um hart gegen Flüchtlinge vorzugehen. Auch hier sind die Gewinner die rechtsnationalistischen Kräfte, und wo sie die Macht übernommen haben, verwandelt sich die Abschreckungspolitik in reinen und simplen Hass und Rassismus.

Gerade Frankreich und Deutschland können als Triebkraft für die Förderung einer europäischen Asylpolitik auf der Grundlage der Achtung der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit und des individuellen Rechts auf Asyl fungieren. Dies schließt Strategien zur besseren Organisation der Migration und zur Regulierung der Umsiedlung nicht aus, anstatt unmenschliche Todesfälle im Mittelmeer zu akzeptieren. Eine Koalition williger Staaten ist notwendig, auch auf die Gefahr hin, dass die „Salvini und Orbàn“ die Situation zu ihrem Vorteil nutzen werden.

Die europäische Zivilgesellschaft hat sich mobilisiert, indem es sich an Rettungsaktionen im Mittelmeer beteiligt, Rechtsbeistand auf den griechischen Inseln organisiert oder die Integration von Neuankömmlingen sichergestellt hat. Europa darf nicht den nationalen Regierungen allein überlassen werden. Vielmehr ist es notwendig, sich zu vernetzen, den Austausch über die verschiedenen Ansätze der Integrationspolitik zu intensivieren und gemeinsame Strategien in Europa zu entwickeln. Es ist auch notwen-

dig, den Druck auf die Staaten öffentlich zu erhöhen, endlich tragfähige Lösungen für eine geordnete und humanitäre Politik in diesem Bereich umzusetzen. Lokales und kommunales Engagement kann das Scheitern der nationalen Politik auf lange Sicht nicht ersetzen.

Diese Konferenz, an der verschiedene Akteure beteiligt sind, soll daher zeigen, wie die Aufnahme von Flüchtlingen und ihre Integration gelingen kann und welche Herausforderungen zu berücksichtigen sind. Es ist daher ein erster Schritt zur Stärkung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft - insbesondere in Frankreich und Deutschland, aber auch mit anderen europäischen Akteuren.

Thierry Le Roy

Präsident von France Terre d'Asile

Die Stadt Paris ist eine der „freundlichen Städte“. Sie begrüßt uns heute zu diesem bisher einzigartigen Treffen.

Drei Ideen fassen den Ansatz des Vereins France Terre d'Asile und der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen:

- Erstens ist die Aufnahme von Geflüchteten und Flüchtlingen zu einem europäischen Thema geworden, für die Geflüchtete selbst und gegebenenfalls ihre Schmuggler, aber natürlich auch für die öffentlichen Meinungen europäischer Länder, und letztendlich als Themen für Reden auf Regierungsebene. Für nichtstaatliche Akteure bleibt jedoch noch viel zu tun, mit Ausnahme von Städten, die bereits in Netzwerken von „freundlichen Städten“ organisiert sind. Die NGOs in den europäischen Ländern sind miteinander nicht gut vertraut, weder bezüglich ihrer Unterschiede, noch bezogen auf das, was sie verbindet und eint. Das erste Ziel ist daher ein verbandsübergreifendes, aber auch ein städteübergreifendes Ziel: Nach Paris soll dieses Treffen nach der Sommerpause in Berlin fortgesetzt werden, und vielleicht auch in Palermo;
- Zum Zweiten scheint uns die Lähmung der europäischen Regierungen, einzeln oder gemeinsam im Rat der Europäischen Union, angesichts der Migration diese nichtstaatlichen Akteure dazu zu legitimieren, sich zu

- einer wünschenswerten Asyl- und Einwanderungspolitik zu äußern;
- Schließlich ist die dritte Komponente unseres Ansatzes, in einer Zeit in der sie selbst feststellen, dass sie ein Publikum haben, die Teilnahme von Experten und Forschern zu fördern, damit sie sich ebenfalls äußern und sich in potenziell europäischen Netzwerken organisieren. Mit uns gemeinsam werden sie wahrscheinlich sagen, dass ein „Europa der Migration“ mehr als „Grenzen“, „Kontrollen“, „Polizei“ und „Sicherheit“ sind.

Die verschiedenen Diskussionsrunden unserer Konferenz werden diese drei Ideen verkörpern.

Jean-Louis Missika

Stellvertretender Bürgermeister von Paris, zuständig für Stadtplanung, Architektur, Projekte im „Grand Paris“, wirtschaftliche Entwicklung und Außenwirkung

Langfristige Lösungen für die Migrationskrise können nur durch gemeinsames Nachdenken und Handeln gefunden werden. Es ist notwendig, über den staatlichen Rahmen hinauszugehen und auf der Ebene der lokalen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen zu arbeiten und gleichzeitig einen europäischen Ansatz zu verfolgen. Heute greifen Städte, Zivilgesellschaft und NGOs dieses Thema auf die solideste und überzeugendste Weise auf.

Flüchtlinge wenden sich an Großstädte. In Paris nimmt ihre Zahl stetig zu: Anfang Januar 2019 wurden 2.000 Geflüchtete in Lagern im Nordosten der Hauptstadt gezählt, im gleichen Zeitraum 2018 waren es 800. Die Warteschlangen vor den Tagesstätten für Geflüchtete sind sehr groß, trotz der Eröffnung einer dritten Empfangsstelle in diesem Winter. Besorgniserregend ist auch die Zunahme der Zahl der Jugendlichen, die sich als unbegleitete Minderjährige präsentieren. In Paris gab es 2015 1.500 Menschen, verglichen mit 8.000 im Jahr 2018, während die Kapazitäten für Notunterkünfte regelmäßig ausgeschöpft sind. Die Migrationsfrage ist in Paris ein politisch äußerst sensibles Thema, mit einer ständigen Spannung zwischen dem Staat und der Stadt, denn per Gesetz ist es

der Staat, der sich mit diesem Thema befasst. In Wirklichkeit ist es oft die Gemeinde, die gezwungen ist, an die vorderste Front zu gehen, weil der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Die Bürgermeisterin von Paris hat sich daher dafür entschieden, durch eine partnerschaftliche Mobilisierung seit 2015 eine Führungsrolle in der Flüchtlingsaufnahmepolitik zu übernehmen: Gemeinsam mit NGOs hat die Stadt versucht, neue Antworten auf dem Gebiet um die beiden Säulen von sozialer Not und Integration zu finden. Aber wir stehen erst am Anfang. Es wird erwartet, dass die Migrationsströme in den kommenden Jahren recht dramatisch zunehmen werden, und sei es ausschließlich aufgrund des Klimawandels.

Als Reaktion auf die humanitäre Notlage entstanden 2015 zahlreiche Initiativen und in Paris wurde in Zusammenarbeit mit dem Staat, den Verbänden und der Pariser Bevölkerung ein innovatives System aufgebaut, um einen würdevollen und humanistischen Empfang zu gewährleisten: Es wurde eine Plattform für Flüchtlinge geschaffen, um die Akteure des Sektors zusammenzubringen und regelmäßig über die Ergebnisse der durchgeführten Aktionen zu berichten, es wurden zwei humanitäre Zentren eröffnet, ein Sammelprogramm für Geflüchtete gestartet, um die in den Straßenlagern versammelten Menschen zu informieren und zu beraten, und es wurde ein „Solidaritätsbus“ dank des von den Parisern gewählten und beschlossenen Beteiligungsbudgets gekauft.

Leider hat sich die Krise im Frühjahr mit dem Wiederaufbau großer Lager, nach der Schließung des humanitären Zentrums von La Chapelle auf Ersuchen des Staates, fortgesetzt. Auch hier setzte die Stadt Paris auf eine kollektive Mobilisierung, um die Interventionsmechanismen für Menschen zu stärken, die gezwungen waren, in diesen Lagern zu leben und ihre Grundbedürfnisse zu sichern. Es muss mehr getan werden, um die Instrumente so zu kalibrieren, dass sie den Anforderungen gerecht werden können.

Die zweite Herausforderung ist die Integration. Alle beteiligten Akteure wollen über den Notfall hinaus in der Lage sein, Menschen

aufzunehmen und zu unterstützen, sobald sie im Gebiet ankommen, denn dies ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Mit allen beteiligten Akteuren wurden zahlreiche Mechanismen eingerichtet: Zum Erlernen der französischen Sprache, Zugang zu Unterkunft und Wohnraum, Ausbildung und Zugang zur Beschäftigung usw. Die Aufnahme von Flüchtlingen kann auch eine Quelle von Chancen und Innovationen, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung für das Aufnahmeland sein. Der Vorschlag zur Schaffung eines Flüchtlingshauses, der von der Stadt angenommen wurde, würde es beispielsweise ermöglichen, alle Hebel der Integration zu mobilisieren und alle Ressourcenakteure, Pariser und die Flüchtlinge selbst zusammenzubringen.

Kriege, politische Gewalt, Klimawandel, Armut: All dies führt zu einer langfristig anhaltenden Migration. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist daher eine langfristige Herausforderung, die kollektives Handeln und die Ausarbeitung einer europäischen Antwort erfordert, um das Gleichgewicht der Länder in einem Kontext zunehmenden Rückzugs und nationalen Populismus zu wahren. Wir müssen bei den Werten des Humanismus, der Solidarität und der Gastfreundschaft entschlossen und standhaft bleiben. Eine Weltstadt wird definiert durch die Pluralität ihrer Bevölkerung, die Anzahl der Sprachen, die gesprochen werden, durch die Fähigkeit, Gemeinschaften aus der ganzen Welt zum Zusammenleben zu bringen. Wenn wir das jemals verlieren, hören wir auf, eine globale, weltoffene Stadt zu sein.

„Asyl und Migration: Zum Stand der Debatte und öffentlichen Meinung in Deutschland, Frankreich und Europa“

Moderation: Pierre Henry, Geschäftsführer von France Terre d'Asile



Pascal Perrineau

Universitätsprofessor bei Sciences Po Paris und Spezialist für Wahlsoziologie und Analyse der extremen Rechten in Frankreich und Europa

Die Wahrnehmung der Migrationsfrage hat sich in der öffentlichen Meinung entwickelt und spiegelt sich in der Dynamik von Nationalismen und Populismus wider, die in Europa und darüber hinaus ein massives Comeback erleben. Drei Punkte sind hervorzuheben:

1/ Das Thema Einwanderung stand noch nie so weit oben auf der politischen Agenda wie heute in Frankreich und Europa. Mit dem Anstieg der Flüchtlingsströme (aus Syrien, der Türkei, dem Libanon, usw.) ist in den letzten fünf Jahren in allen Ländern der Europäischen Union ein starker Anstieg der Migrationsbedenken zu verzeichnen, mit einem durchschnittlichen Anstieg der öffentlichen Meinung um 18% zwischen 2011 und 2018, so das Eurobarometer [des Europäischen Parlaments]. Migrationsbelange haben die politische Agenda, die bisher nach wirtschaftlichen und sozialen Interessen organisiert war, allmählich umgekrempelt. In der EU ist die Migration mit 38% heute die größte Sorge der Bürger, vor dem Terrorismus (29%), der Wirtschaftslage (18%), den öffentlichen Finanzen (17%) und der Arbeitslosigkeit (14 %).

2/ Die wachsende öffentliche

Besorgnis über die Migrationsfrage hat in allen EU-Ländern zu einem politischen Angebot geführt, und zwar durch nationalistische und populistische Parteien, die um die Rhetorik der Migrationsgegner gegründet wurden oder dadurch neu aufgelebt sind. Einwanderung wird nicht als Chance, sondern als Belastung angesehen. Sobald die antifiskalistischen Parteien, die in den 1960er und 1970er Jahren in den Ländern Nordeuropas, in denen der Wohlfahrtsstaat stark war, entstanden sind, Migrationsfragen aufgegriffen haben, haben sie sich bei den Wahlen durchgesetzt, und es gab eine Explosion nationalistischer und populistischer Kräfte, insbesondere im derzeitigen Kontext der Vorbereitung der Europawahlen. Beispiele hierfür sind Dänemark und Schweden, Länder, die bisher keinen nationalen Populismus kannten, Ungarn, wo es neben dem Phänomen Orbán eine weitere wirklich fremdenfeindliche nationalistische Bewegung mit der Jobbik-Partei gibt, oder Deutschland, Spanien mit der Vox-Partei, etc.

3/ Der Terrorismus hat auch zum Durchbruch nationalistischer und populistischer Parteien geführt. Seit einigen Jahren organisiert Sciences Po Paris eine Feldforschung, *Fractures françaises*, zu der hier einige Ergebnisse vorliegen: 46% der Befragten teilen die Ansicht, dass der Islam Samen der Gewalt und Intoleranz in sich trägt, 52% glauben, dass der Islam nicht mit den französischen Werten vereinbar ist, zwei von drei Franzosen glauben, dass „es zu viele Einwanderer in Frankreich gibt“, und 74% glauben, dass die muslimische Religion versucht, ihre Funktionsweise der französischen Gesellschaft aufzuzwingen.

Man muss sich dann die Frage stellen: Sind Geflüchtete die Verlierer in der Globalisierung? Und wenn das Thema Einwanderung so wichtig geworden ist, dann deshalb, weil Geflüchtete irgendwo der Inbegriff der Mobilität der Gesellschaft sind. Das macht es zu einer offenen Wunde in dieser Frage. Aber dieses Migrationsthema bezieht sich auf eine neue Art von Kluft: zwischen denen, die sich in einer offenen Gesellschaft befinden, die sich als Gewinner der Globalisierung wahrnehmen, und andererseits denen, die wir nicht sehen wollten, einer Welt, die sich sehr um diese Globali-

sierung in all ihren Aspekten und nicht nur um die Migrationsfrage sorgt.

Diese Welt ist auf der Suche nach nationalem „Schutz“, ob wirtschaftlich, protektionistisch oder politisch, mit Euroskepsis, ja sogar Europaphobie, sowie nach „kulturellem Protektionismus“. Dies ist keine Links-Rechts-Spaltung mehr, sondern eine andere Art von Spaltung, auf die sich alle europäischen Gesellschaften zubewegen. Wie hoch ist die Biegsamkeit dieser Kurven? Sie ist derzeit recht niedrig, denn das politische Angebot der nationalen Neuausrichtung ist deutlich sichtbar und in aller Ohren. Das sich widersetzende, gegenläufige politische Angebot schwächer und verstreut, weniger sichtbar und weniger ausgeprägt. Die Aufgabe ist nicht unmöglich, aber sie ist schwierig.

François Gemenne

Direktor des Hugo-Observatory an der Universität Lüttich und Lehrer am Sciences Po Paris

Die öffentliche Debatte in Europa scheint zutiefst voreingenommen und von der extremen Rechten weitgehend ergriffen zu sein. Seit Mitte der 80er Jahre haben wir, manchmal entgegen unserer eigenen Absichten, akzeptiert, dass es die extreme Rechte ist, die die Fragen und den Rahmen für die Debatte stellt und die die Fragen auf die Tagesordnung setzt. Laurent Fabius sagte: *„Die extreme Rechte stellt die richtigen Fragen, gibt aber die falschen Antworten.“*

Es ist eine absolute Niederlage für die Demokraten, sowohl links als auch rechts, aber auch eine Niederlage für Europa. Zur Erinnerung: der Brexit fand zum Migrationshöhepunkt statt, und 52% der britischen Wähler stimmten in erster Linie über ihre Wahrnehmung der Migrationspolitik in Europa ab.

Die Grundannahmen der Debatte werden verfälscht. In Europa wird das Thema Migration nicht als strukturelles, sondern als kurzfristiges Phänomen betrachtet. Wir befinden uns im Paradigma der Immobilität, einer idealen Welt, in der jeder zu Hause bleibt. Migration wird als „politische Anomalie“ angesehen, als ein zu lösendes

Problem, als eine zu bewältigende Krise. Wir haben nicht akzeptiert, dass Migration eine strukturelle Komponente ist, und wir versuchen nie, sie zu organisieren. Vorrangig geht es jedoch darum, die Migrationsströme zu organisieren, anstatt zu versuchen, ein als zyklisch empfundenes Problem zu begrenzen. Die Kontrolle der Migration ist eine absolute Illusion: Migration verhindern zu wollen, ist wie zu verhindern, dass die Nacht den Tag einläutet.

Wir sprechen auch immer von „Geflüchteten“ im Plural, als wären sie eine konstituierte Gruppe, die „sie“ vor dem „Wir“. Migrant zu sein ist kein gleichwesentliches Element der Identität des anderen. Geflüchtete werden in ihren Gemeinschaften gesehen und nie in ihrer Individualität. Solange sie als uniforme Gruppe betrachtet werden, ist es nicht verwunderlich, dass die Grenze so sehr ein „Totem“ ist, dass sie mehr und mehr eine kollektive Identität darstellt, wir gegen sie – richtig gegen falsch. Darüber hinaus werden Flüchtlinge und Migranten gegenübergestellt, als ob dieser Unterschied im Rechtsstatus uns über ihre „Qualität“ informieren würde: „Gute Flüchtlinge“, „schlechte Migranten“. Diese Statusunterschiede unterliegen einem normativen Urteil.

Muslimen werden auch gegen den Rest der Gesellschaft positioniert. Das ist offensichtlich das Hauptziel von Terroristen, aber auch von der extremen Rechten. Es ist eine Debatte, die zunehmend zwischen Ost und West polarisiert, einer lehnt sie ab, ein anderer begrüßt sie. Die Fünf-Sterne-Bewegung und die Liga [in Italien] haben gezeigt, dass Nationalismus auch im Westen existiert. Abgesehen von zwei stark polarisierten Rändern ist die Mehrheit der öffentlichen Meinung beunruhigt und kann auf die eine oder andere Seite kippen. Alles wird von der vorgeschlagenen Narrative abhängen.

Außerdem wird die Debatte nur unzureichend mit Informationen versorgt. Erstens, weil die Bilder und Worte, mit denen Migration beschrieben wird, mit einer Krisenerzählung verbunden sind. Migration zeigt sich nie in ihrer Banalität, ihrer Normalität. Wir müssen in der Lage sein, aus dieser Krisennarrative herauszukommen, denn Populisten und Nationalisten haben die Vorteile, die sie

daraus ziehen könnten, voll und ganz verstanden. Je mehr „Krise“ die Migration ist, desto gespaltener wird die öffentliche Meinung sein. Diese „Krisen“ schwächen auch Europa: Das ist ein doppelter Schlag für diese Parteien. Die Kontroverse über den Bau der Mauer [in Mexiko] durch Donald Trump zeigt deutlich, dass der Zweck dieses Manövers darin besteht, die öffentliche Meinung zu spalten. Indem man trennt, herrscht man am besten.

Die Forscher müssen auch ihre Schuld anerkennen, wenn sie sich bereit erklären, an Debatten teilzunehmen, um die Wahrheit über die falsche Einwanderung zu erfahren. Als ob die einzige Funktion des Forschers darin bestünde, auf die Lügen der extremen Rechten zu reagieren, als ob wir die Rahmenbedingungen der extremen Rechten akzeptieren müssten. Nachdem man einen großen Fehler gemacht hat, muss man sich zusammenreißen. Deshalb haben wir zusammen mit François Héran und anderen Forschern im Dezember letzten Jahres die Einsetzung einer zwischenstaatlichen Expertengruppe für Migration vorgeschlagen, damit es eine Art europäischen oder gar internationalen Konsens zu diesen Fragen geben kann und sterile Debatten gestoppt werden können.

Ulrich Lilie

Präsident der Diakonie Deutschland und Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung (EWDE)

Die von Pascal Perrineau vorgestellte Analyse beschreibt ein Phänomen, das auch in Deutschland betrifft. In Deutschland hat ein Viertel der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte. Die Hälfte dieses Viertels der Bevölkerung besitzt inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft: Sie ist Teil des gesellschaftlichen Wandels, den auch die Deutschen erleben, und die Geschwindigkeit dieser Entwicklung spielt eine große Rolle für die ethnische und kulturelle Vielfalt, einschließlich der religiösen Vielfalt. Der deutsche Innenminister bezeichnet Migration jedoch als „Mutter aller Probleme“.

Wir werden in diesem Jahr wahrscheinlich zum ersten Mal, die Situation haben, dass nur noch die Hälfte der Menschen in Deutschland einer christlichen Kirche angehört. Das bedeutet für die Identität und die kulturellen Wurzeln eine deutliche Veränderung. Gleichzeitig wird Deutschland sozial immer ungleicher, nicht nur in Bezug auf die individuelle Situation, sondern auch in Bezug auf die Infrastruktur in den verschiedenen deutschen Regionen, was wahrscheinlich eine ähnliche Entwicklung wie in Frankreich darstellt, wo Metropolregionen und erfolgreiche Unternehmen die Gewinner der Globalisierung sind.

Gleichzeitig und trotz kontinuierlicher Zuwanderung wird Deutschland immer älter. Und die Entwicklung der digitalen Technologie wird dazu führen, dass etwa die Hälfte der Erwerbstätigen neue Kompetenzen erwerben und die berufliche Tätigkeit wechseln muss. Dahinter verbergen sich enorme soziale Umwälzungen und dringend notwendige individualisierte Bildungsangebote. Wie in Frankreich nutzen einige rückwärts-gewandte Parteien die damit verbundenen Sorgen und Ängste, indem sie vermeintlich einfache nationalistische Lösungen propagieren.

Was uns in Deutschland fehlt, ist letztendlich eine tragfähige, politische Erzählung, ein neues Narrativ, für ein Land, das sich in einem tiefen Wandel befindet. Stattdessen werden die alten Werte, die Heimat, das christliche Abendland usw. beschworen. Aber es sind eigentlich nur Chimären, hinter denen sehr wenig Substanz steckt. Es gibt momentan keine politische Partei in Deutschland, die wirklich eine zukunftsweisende Stimme hat, die reflektiert, was die Deutschen in zehn oder fünfzehn Jahren sein wollen. Wenn wir diesen Wandel bewältigen wollen, müssen wir ein sehr starkes Signal in die Öffentlichkeit senden, aber auch an alle, die sich mit Migrationsfragen befassen, an diejenigen, die das Asylrecht und eine auf den Menschenrechten basierende Aufnahme-politik verteidigen und bereit sind, für eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, für Demokratie und Vielfalt zu kämpfen.

Die Diakonie ist eine evangelische Wohlfahrtsorganisation, die 525.000 Menschen in

den verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit beschäftigt. Durch die Unterstützung und Hilfe für eine Vielfalt von Menschen - mit oder ohne Migrationshintergrund (kranke Menschen mit Pflegebedürftigkeit, Behinderte, Familien usw.) erreicht die Diakonie durch ihre Arbeit rund 10 Millionen Menschen in Deutschland. Der Verband verfügt über eine umfangreiche Erfahrung in der Arbeit mit Geflüchteten, die sich im Laufe der Jahre immer weiterentwickelt hat. Die Unterstützung der Diakonie in diesem Bereich besteht hauptsächlich aus Beratungsdiensten (Unterstützung im Asylverfahren, psychosoziale Unterstützung, Sozialhilfe für Flüchtlinge in Gemeinden). Für die Familienzusammenführung, die in Deutschland nur noch sehr restriktiv möglich ist und bei der wir in einigen Fällen die Reisekosten für den Nachzug von Eltern und minderjährigen Kindern übernehmen, hat der Verband ebenfalls einen Fonds eingerichtet. Die Diakonie ist auch Mitglied der Netzwerke ECRE (European Council on Refugees and Exiles) und CCME (Commission of Churches for Migrants in Europe) in Brüssel.

Als Reaktion auf die Entwicklung der deutschen Gesellschaft und kontroverse Fragen der Identität, Sicherheit, religiösen und ethnischen Heterogenität arbeitet die Diakonie sehr konkret mit vielen Gemeinden und Regionen in Deutschland zusammen. Darüber hinaus hat der Verband zwei Strategien entwickelt, um sicherzustellen, dass sich die mit der Zuwanderung verbundenen Menschen nun als Teil der deutschen Gesellschaft fühlen können:

1/ Die aktuelle Kampagne der Diakonie „Unerhört!“¹ wurde vor zwei Jahren für die wachsende Zahl von Menschen in Deutschland gestartet, die sich nicht mehr gehört und zugehörig fühlen, die sog. „sozialen Verlierer“. Die Diakonie Deutschland wirbt mit dieser Kampagne für eine offene Gesellschaft: Viele Menschen fühlen sich an den Rand gedrängt in einer immer unübersichtlicheren Welt, in der das Tempo steigt und Gerechtigkeit auf der Strecke zu bleiben droht. Doch jede Lebensgeschichte hat ein Recht darauf, gehört zu werden. Die Kampagne, die von 2018 bis 2020 läuft, will wachrütteln und zugleich zeigen, dass die Diakonie zuhört, Lösungen bereithält und

eine Plattform für einen Diskurs rund um soziale Teilhabe bietet.

2/ Im November 2018 hat die Diakonie eine Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus vorgestellt², dessen Erstarben neue Herausforderungen für die Sozialarbeit mit sich bringt. Diese beinhalten, dass Rassismus oder Antisemitismus, Ausgrenzung oder Misanthropie in den Institutionen der Diakonie nicht toleriert werden und dass ihre Dienstleistungen grundsätzlich für alle offen sind, ohne Blick auf Hautfarbe, Geschlecht, Ideologie oder Religion. Dieses Handbuch soll auch dazu dienen, Mitarbeitern und Ehrenamtlichen zu helfen, angemessen auf Provokationen zu reagieren, um nicht in das populistische Spiel zu geraten.

Éric Pliez

Vorsitzender des Samu Social und Geschäftsführer des Verbands Aurore

Im Jahr 2015 blieben die Geflüchteten, die zunächst unsichtbar geblieben waren, weil die Situation in Calais alle Aufmerksamkeit erregte, unter der Metrobrücke im Osten von Paris. Nach und nach begannen die ersten politischen Interventionen und Evakuierungen, die zunächst kaum gesteuert wurden: Nach jeder Evakuierung kehrten die Geflüchteten in die Lager zurück. Die Bürgermeisterin von Paris und die Verbände beschlossen, die Einrichtung eines ersten Aufnahmезentrums mit Zugang zur Versorgung über Médecins du Monde und das Samu social zu ermöglichen. So wurde ein Prozess strukturiert, der es den Menschen ermöglicht, sich hinzusetzen, gehört zu werden und sich dann zu orientieren. Dies hat es ermöglicht, die Bewegungen in Paris zu regulieren und Orte im nationalen Empfangssystem (dispositif national d'accueil, DNA) zu schaffen, auch wenn dies nie ausreichen wird.

Wie weit geht der politische Wille, diese Frage zu berücksichtigen? Unter dem Druck eines bestimmten Präfekten einer Region und von Verbänden haben sich die Städte der Region Île-de-France bereit erklärt, diese Menschen aufzunehmen. Es wurde getan, was für Menschen in Straßensituationen nie wirklich getan wurde, nämlich leerstehende Räume in Betrieb zu nehmen und zu nutzen. Das erste Aufnahmезentrum wurde dann geschlossen und es wurden Aufnahme- und Sozialbeurteilungszentren (centres d'accueil et d'examen de situation, CAES) eingerichtet, mit 750 Plätzen in Île-de-France. In der Region besteht jedoch ein echtes Defizit: Es werden größere Zentren benötigt, um die Integration von Geflüchteten in eine regionale Dynamik von Anfang an zu ermöglichen, anstatt sie in Paris und Calais anzusiedeln.

Noch immer wird der Bedarf unterschätzt, zum Beispiel in der Metropole von Nantes. Es wird davon ausgegangen, dass es in ganz Frankreich schätzungsweise 85.000 Plätze für 135.000 Asylbewerber gibt. Das System ist gesättigt, aber auch widersprüchlich: In diesen Unterkünften werden legale Flüchtlinge festgesetzt, obwohl sie theoretisch mit ihrem Status Zugang zu Arbeit und Wohn-

1 - <https://www.diakonie.de/unerhoert/>

2 - <https://www.diakonie.de/broschueren/handreichung-zum-umgang-mit-rechtspopulismus/>

raum haben sollten. Auch bei der Frage der „Dublin-Flüchtlinge“ gibt es Schwierigkeiten, denn die zu leistende Unterstützung und die vorzuschlagenden Lösungen sind für diese Menschen nicht die gleichen.

Das neue Asyl- und Einwanderungsgesetz ist auch deshalb Anlass zur Sorge, weil es eine Verpflichtung, quasi eine „Entsendung“ von Asylbewerbern in eine bestimmte Region, schafft. Die Umsetzung der Richtlinie kann jedoch nur funktionieren, wenn es Unterstützung gibt und wenn sie als Chance und nicht als Sanktion präsentiert wird. So bietet der Verband Aurore Einzelpersonen oder Familien ohne Wohnung in Paris an, sich freiwillig in Cantal niederzulassen, mit Unterkunft und einem Jobangebot. Wenn sie vorbereitet sind, integrieren sich die Menschen vollständig, zumal viele Gebiete in Bezug auf Wohnraum und Beschäftigung eine gewisse Flexibilität haben. Aber Menschen, die sich in Paris niederlassen und dort Orientierungspunkte finden, wollen nicht mehr weg, was die Frage der regionalen Verteilung von Anfang an aufwirft. Es ist auch wichtig zu bedenken, dass dies oft eine Anreise von Hunderten von Kilometern benötigt, um die notwendigen Behördengänge zu erledigen, und dass weiterhin das Budget für Unterstützung gesunken sind.

Historisch gesehen war der Verband Aurore einer der Verwaltungsinstanzen der Obdachlosen, und für das Sozialministerium zu arbeiten ging mit der Pflicht einher, „Menschen bedingungslos willkommen zu heißen“. In Paris sind jedoch 3.600 Menschen obdachlos, weil das System überlastet ist. Die massive Ankunft dieser neuen [geflüchteten] Öffentlichkeit lässt uns mit diesem Prinzip der Unbedingtheit brechen, zum einen wegen des Mangels an Räumen, aber auch wegen der mangelnden Bereitschaft, das Problem anzugehen. Diejenigen, die keine Asylbewerber sind, bleiben sehr oft im Freien. Im „klassischen Notfall“ sind Familien in Hotels (40.000 Menschen täglich), manchmal mehrere Jahre lang (länger als fünf Jahre für 12% von ihnen). 30% sind Kinder: Was erwartet sie im Leben? Hotelleben, das „unvollständige Recht“ (eingeschränkter Zugang zu Arbeit, Behandlung, Pflege...), die die Unerreichbarkeit regulärer Schulbildung, die Aussichten auf nicht angemeldete Erwerbstätigkeit usw.

Die Samu social (115) und der DNA sind gesättigt. Was könnte man dann vorschlagen? Erste Aufnahmezentren im ganzen Land, die Möglichkeit einer angemessenen Unterkunft und Unterstützung für diese Menschen, eine Überprüfung dieser Fragen auf europäischer Ebene, insbesondere diese von Dublin.

Schließlich müssen wir über die Regularisierung der „weder-noch“-Fälle sprechen, Menschen deren juristischer Status noch nicht im jeweiligen Recht verankert ist, die nicht wieder gehen werden und die seit Jahren da sind und nur darauf warten arbeiten zu dürfen und sich integrieren zu können. Das ist ein echtes Thema, aber über massive Regularisierungen zu sprechen, bedeutet, sofort die öffentliche Meinung zu berühren. Es ist ein Thema, das angesprochen werden muss, auf die Gefahr hin, ansonsten noch lange in diesem „Niemandland“ bleiben zu müssen.

Wir müssen jedoch gleichzeitig die immense Solidaritätswelle begrüßen, die sich seit 2015 im ganzen Land vollzogen hat. Es gibt Freiwillige, die bereit sind, sich zu engagieren, und wir müssen auch gemeinsam die Integrationsbereitschaft der Geflüchteten anerkennen. So hat Aurore beispielsweise ein Ausbildungsprogramm für unbegleitete Minderjährige im Gastgewerbe eingerichtet, indem 86% von ihnen nun einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Der Wunsch nach Integration ist vorhanden, wir müssen unser Engagement fortsetzen und eine echte europäische Dynamik schaffen.

„Asyl und Migration heute: Fakten und Mythen“

Moderation: Dr. Jens Althoff, Büroleiter Paris
Heinrich-Böll-Stiftung Frankreich



François Héran

Inhaber des Lehrstuhls « Migration und Gesellschaft » am Collège de France

Wir müssen von den Fakten ausgehen: Statistische Daten sind in der öffentlichen Debatte nicht sehr präsent, während sie auf den Ergebnissen der offiziellen Aktivitäten beruhen und daher von den Staaten erstellt wurden. Eurostat [die Datenbank der Europäischen Kommission] hat vor etwa zehn Jahren eine beachtliche Arbeit geleistet: Alle EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, genaue Daten über die Zahl der Asylanträge, deren Bearbeitung usw. vorzulegen. Was getan werden muss und was für die öffentliche Debatte grundlegend ist, ist, diese Daten lesbar zu machen.

Im Jahr 2016 wurde mit 750.000 die meisten Asylanträgen in Deutschland gestellt. An zweiter Stelle lag Frankreich mit 130.000 Anfragen, gefolgt von Schweden. Im selben Jahr erließ Deutschland, im Hinblick auf positive Entscheidungen (Flüchtlingssstatus und subsidiärer Schutz), 440.000 positive Bescheide, gegenüber 30.000 für Frankreich, wobei die Demographie der Staaten berücksichtigt werden muss. In den Jahren 2015-2016-2017 war Schweden mit durchschnittlich 4.580 Asylanträgen pro Million Einwohner im Jahresdurchschnitt führend, gefolgt von Deutschland mit 3.700.

Die Dublin-III-Verordnung vergrößert die Kluft zwischen den Ländern, anstatt sie zu kompensieren: Großbritannien wird durch

seinen isolierten Charakter geschützt, die ehemaligen kommunistischen Länder treffen wenig positive Schutzentscheidungen, und die östlichen Länder machen es wie [der ungarische Ministerpräsident] Viktor Orbán, d. h. unabhängig von ihrer politischen Struktur nehmen sie niemanden auf. In Europa wurden zwischen 2015 und 2017 durchschnittlich rund 1.000 positive Bescheide pro Million Einwohner pro Jahr gefällt. In Frankreich sind es 500, womit Frankreich beim Schutz pro Million Einwohner an 17. Stelle steht, in Italien 576 und im Vereinigten Königreich 262. Polen gewährte den geringsten Schutz mit 14 Asylanträgen pro Million Einwohner im gleichen Zeitraum. Es gibt daher erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Ländern.

Die Europäische Union ist nicht nur gespalten, sie ist zerrissen, und die Migrationsfrage hat diese Spaltungen wirklich offenbart. Die Position Frankreichs an der Spitze der Rangliste der „alten liberalen Demokratien“ bei der Aufnahme steht im völligen Widerspruch zu dem Diskurs, wonach das Land von Anfragen überrannt wird und zu den großzügigsten im Asylbereich gehört.

In Kanada, Australien, Neuseeland und den Vereinigten Staaten ist Einwanderung selektiv. Diese Länder unterziehen Geflüchtete einem „Humankapital“-Wettbewerb, und nur 25% von ihnen sind erfolgreich. Von den neuen Einwanderern, die jedes Jahr nach Kanada kommen, sind zwei Drittel ausgewählte Einwanderer. In Frankreich haben die Abgeordneten der Partei Les Républicains (LR), Kanada als ein Beispiel für Einwanderung anführen, kein Verständnis für die Realität dieser Systeme. Australien und Neuseeland tun mehr oder weniger dasselbe wie Kanada, wo die Vereinigten Staaten der Spitzenreiter bei der Familienzusammenführung sind.

Frankreich hat nur wenige Arbeitsmigranten (10% der neu ausgestellten Aufenthaltstitel) und ist zusammen mit Finnland das Land, das die Familienzusammenführung in Europa am meisten praktiziert (40% der ersten Aufenthaltstitel im Jahr 2015). Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen machen in Frankreich nur 6% der Gesamtzahl der Aufenthaltstitel aus, weit hinter Schweden

mit 36%. In den jeweiligen Ländern gibt es Formen der „Spezialisierung“ auf Migration. Deutschland zum Beispiel leistet nur sehr wenig Familienzusammenführung und Arbeitsmigration, vergibt aber 21% der Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen. Da diese Zahlen auf das Jahr 2015 zurückgehen, wird dieser Anteil der Gesamtanträge zu Beginn der „Krise“ in den Folgejahren zunehmen. Was den deutschsprachigen Raum mit Deutschland an der Spitze auszeichnet, ist die Bedeutung der anderen europäischen Staatsangehörigen, die im Rahmen der Freizügigkeit ankommen.

In Frankreich werden jedes Jahr 90.000 Menschen zur Familienmigration zugelassen, von denen nur 11.000 ausländische Bewerber sind, die sich regulär in Frankreich niedergelassen haben. Frankreich erlegt einen außerordentlich komplexen Prozess auf, und ein großer Teil der Familienzusammenführung ist auf die Ablehnung von Asylanträgen zurückzuführen. Diese Komplexität und die extreme Länge der Verfahren wird von Frédérique Fogel in seinem Buch „Parenté sans papiers“ analysiert. Diese normative und legislative Unerbittlichkeit erfordert lange Wege und schafft zusätzliches Leid.

Von den 10.000 von Frankreich aufgenommenen Menschen sind nur sechs Flüchtlinge. Dennoch haben sich Politiker gefunden, die behaupten, dass diese sechs Menschen die anderen 10.000 bedrohen können.

Prof. Dr. Hans Vorländer

Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft und Direktor des Mercator Forums Migration und Demokratie, TU Dresden

Die umfangreiche internationale Vergleichsstudie des Mercator-Forums für Migration und Demokratie (MIDEM), die für viele europäische Länder durchgeführt wurde, zielte darauf ab, den tatsächlichen Zusammenhang zwischen dem Thema Migration und dem Aufstieg des Populismus zu ermitteln.

Die Migrationsfrage hat starken Druck auf die Demokratien in Europa ausgeübt. Ange-

sichts der Akteure und Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist festzustellen, dass der Anteil rechtspopulistischer Stimmen bei Wahlen in den Ländern der Europäischen Union in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen hat. Diese Parteien sind besonders einflussreich in Nordeuropa, im Westen, in einigen Visegrad-Staaten (Polen, Ungarn) und in Teilen Südeuropas, mit Ausnahme von Portugal, Griechenland und Spanien (außer Andalusien).

Wenn wir jedoch über Populismus sprechen, müssen wir zwischen links und rechts unterscheiden. Die Struktur dieser Parteien ist ziemlich ähnlich („wir“, „das Volk“ versus „die anderen“, „die Elite“), aber es gibt einen grundlegenden Unterschied. Während rechtspopulistische Parteien einen horizontalen Antagonismus darstellen, indem sie das Prinzip der Ausgrenzung „Anderer“ (Ausländer, Einwanderer, Migranten, Muslime usw.) ausspielen, haben linkspopulistische Parteien eher einen vertikalen Antagonismus (das Volk, die Benachteiligten, gegen die wirtschaftliche und kapitalistische Elite).

Aber können wir sagen, dass die Migrationskrise 2015 wirklich für das Aufkommen des Rechtspopulismus verantwortlich ist? Die erste überraschende Schlussfolgerung lautet: Nein, das ist nicht der Fall, denn die Einstellung der Europäer zu Geflüchteten ist nicht negativer geworden. Andererseits zeigt die Eurobarometer-Umfrage sehr deutlich, dass mit Ausnahme einiger Länder die Einstellung zu Geflüchteten zwischen 2014 und 2018 sogar positiver geworden ist. Dies ist ein entscheidender Punkt, der durch andere Studien bestätigt wurde.

Mit dem Höhepunkt der Ankünfte in den Jahren 2015 und 2016 hat kurzzeitig die Skepsis in der Bevölkerung zugenommen, was aber langfristig nicht spürbar ist. Darüber hinaus ist der Aufstieg des Rechtspopulismus auch nicht mit der Zahl der Geflüchteten verbunden. Obwohl ihre Zahl rückläufig ist, werden sie in den Medien der EU-Mitgliedstaaten immer noch häufig erwähnt.

Wie können wir also die Zunahme des Anteils rechtspopulistischer Parteien an den Wahlen erklären? Diese zunehmende Popularität hängt in der Tat mit der politischen Bedeu-

tung („Salienz“) zusammen, die die Bürger dem Thema Migration im öffentlichen Raum beimessen. Die Art und Weise, wie mit Migration in den Medien umgegangen wurde, hat sie zu einem wichtigen Thema für die europäischen Bürger gemacht. Die Kopplung von Migrations-, Gewalt-, Kriminalitäts- und Terrorismusfragen hat sozusagen den Nährboden für Rechtspopulisten geschaffen.

Aber was machen diese Parteien eigentlich mit der Migrationsfrage? Sie brauchen sie, weil sie damit polarisieren und spalten können. Die Medien spielen daher auch in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Das ist es, was [den bulgarischen Politikwissenschaftler] Ivan Krastev dazu veranlasst hat, zu sagen, dass die „Migrationskrise von 2015 der 11. September der europäischen Gesellschaften ist“. Wenn es plötzliche und signifikante Ströme von Geflüchteten gibt, gibt es Momente exogener Einflussnahme auf die Gesellschaften sowie höchst kontroverse Veränderungen in den Medien und öffentlichen Debatten.

Rechtsextreme Parteien spielen dann mit bestehenden Ängsten, Ressentiments und Sorgen um Ausländer und Migration und versuchen, dem eine Stimme zu geben. „Anti-Migranten“ sind nicht zahlreicher, aber sie sind wichtiger geworden. Sie hatten eine größere Wirkung, weil sie in der Lage waren, den öffentlichen Raum zu besetzen.

Migration ist also ein Katalysator, ein Auslöser und ein Verstärker des Rechtspopulismus, aber nicht seine Ursache. Entscheidend sind vielmehr die sozialen, kulturellen und ökonomischen Konfliktlinien, die je nach Gesellschaft in unterschiedlichen politischen Konstellationen sichtbar werden und die zu Spannungen und Spaltungen zwischen EU-Ländern, zwischen West- und Ost-Mittel-Europa, führen. Die Weigerung der ost- und mitteleuropäischen Länder, Quoten für Migranten zu akzeptieren, ist auf besondere Gründe zurückzuführen, die mit ihrer Kultur und ihren nationalen Narrativen zusammenhängen. Die Europäische Union muss daher auf ein neues Migrationsregime hinarbeiten und gleichzeitig die Rahmenbedingungen der verschiedenen europäischen Länder berücksichtigen.

Jean-François Ploquin

Geschäftsführer von Forum réfugiés-Cosi

Forum réfugiés-Cosi arbeitet heute in etwa fünfzehn Departements im Südosten Frankreichs, sowohl in der ersten Aufnahme, in den Unterkunftszentren, in Förderprogrammen und mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Wir müssen von den weitverbreiteten Annahmen ausgehen. Erstens, dass weder Europa noch Frankreich alle Asylbewerber aufnehmen können. Nach Angaben des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) befanden sich 2017 jedoch 70 Millionen Menschen in einer Situation der Zwangsvertreibung, die Mehrheit im eigenen Land, und 85% der Flüchtlinge werden in Ländern aufgenommen, die an Kriegsschauplätze angrenzen. So befinden sich beispielsweise von den 1 Million südsudanesischen Flüchtlingen im Jahr 2017 94% im Sudan oder in Uganda. Ebenso befinden sich Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch und nicht in Europa, außer in Ausnahmefällen. Die massiven Reise- und Bewirtschaftsströme sind daher weit entfernt von der europäischen und französischen Grenze. In der Türkei leben 3,5 Millionen Flüchtlinge, im Iran, in Pakistan, Uganda und im Libanon jeweils zwischen 1 und 1,5 Millionen. Zweitens sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die Kluft zwischen den „massiven“ Ankünften 2015-2016 und dem anschließenden Rückgang der Kurve groß ist. Die mediale Berichterstattung über Migration und ihre Umsetzung in die politische und öffentliche Debatte ist jedoch träge. Im Jahr 2018 hat sich die Situation wieder auf die Verhältnisse vor der Migrationskrise von 2015 verbessert. Die Erklärung ergibt sich aus den „Zwangsmaßnahmen“, die ergriffen wurden, um die Ankunft von Menschen zu verhindern, insbesondere durch das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei, aber auch durch die mit Drittländern, einschließlich Libyen, geschlossenen Abkommen.

Das zweite häufige Missverständnis betrifft Asylbewerber, die eigentlich keinen Schutz benötigen. Oftmals entsteht eine implizite Typologie: „Es gibt Länder im Kriegszustand, und es gibt andere“. Zugegeben, es gibt

Konfliktländer, Verfolgungsländer, für die die Genfer Konvention mit ihren verschiedenen Verfolgungskategorien im engeren Sinne gilt. Aber es gibt auch all solche Länder, die staatlich gesehen scheitern, in ihrer Regierungsführung und bei der Erbringung einer Reihe grundlegender Dienstleistungen, korrupte Länder, die Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, nicht ausreichend schützen, Schleusernetze usw. Das sind keine Kriegshandlungen, sondern heimtückische Gewalttaten, und zwar so stark, dass diese Menschen wegen des mangelnden Schutzes durch den Staat, den letzterer ihnen eigentlich schuldet, gehen müssen.

Die wichtigsten Herkunftsländer von Asylbewerbern in Europa sind Syrien, Afghanistan und Irak: Jeder vierte Asylbewerber im Jahr 2018 war Staatsangehöriger eines dieser drei Länder. Gleichzeitig ist jedoch der Anteil der Staatsangehörigen von Schengen-Visa-freien Ländern, die Asyl beantragen, um 30% gestiegen. Dies wirft diplomatische Fragen auf, insbesondere in Bezug auf eine Reihe von Kandidatenländern für die EU-Mitgliedschaft. Es gibt einen objektiven Widerspruch. Wir wissen auch, dass seit den 70er Jahren eine Person, die ein Migrationsprojekt in Frankreich hat, leicht das Asylverfahren passieren wird, weil die Türen der legalen Einwanderung geschlossen sind. Für diese Menschen ist das Asylverfahren jedoch nicht die richtige Lösung.

Darüber hinaus gibt es neben denjenigen, die unter die Genfer Konvention oder den subsidiären Schutz fallen, Personen, die aufgrund ihrer Gefährdung geschützt werden müssen, einschließlich unbegleiteter Minderjähriger, Opfer von Menschenhandel oder Personen, die auf ihren Migrationsrouten Gewalt erlebt haben. So gab beispielsweise fast die Hälfte der 1.300 von der Internationalen Organisation für Migration zwischen Juli und Oktober 2018 befragten Personen an, Opfer von Menschenhandel oder Missbrauch geworden zu sein. Es gibt daher Menschen, für die das Migrationsprojekt nicht in den Rahmen des internationalen Schutzes fällt, die aber Verletzbarkeiten aufweisen, die es zu überwinden gilt.

Ein weiterer häufiger Irrtum ist schließlich, dass Frankreich viele Asylbewerber aufnim-

mt, ein Punkt, über den François Héran aufklären konnte. Die Präsidentin der Front National wiederholt oft, dass es bequemer sei, ein ankommender Ausländer zu sein. In Frankreich lebt ein Asylbewerber jedoch von 6,80 Euro pro Tag. Dies sind objektive Zahlen, die man sich in Erinnerung rufen muss. Menschen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Reden sind die lautesten, aber nicht die zahlreichsten. Viele sind „zurückhaltend“: Die Praxis des Zusammenlebens, die funktioniert, und Pädagogik erlauben und werden es ermöglichen, diese Zurückhaltungen zum positiven zu überwinden.

Katharina Vogt

Referentin für Flüchtlingspolitik, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (AWO)

Die Migrationskrise im Sommer 2015 war in der Tat eine Krise der deutschen Verwaltung: Tausende von Mitarbeitern fehlten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Schulen und Behörden waren überlastet, und selbst nichtstaatliche Strukturen waren kaum mehr in der Lage, auf die zusätzlichen Herausforderungen und Einsätze zu reagieren. In den folgenden Jahren reagierte die Politik mit mehreren Gesetzesänderungen (zwischen 2015 und 2018 wurden etwa 23 Gesetze erneuert und geändert), die im Wesentlichen politisch motiviert waren und leider nicht vom fachlichen Bedarf bestimmt wurden. Im Asylverfahren haben sich wichtige Änderungen ergeben, das Ausweisungsrecht wurde vollständig überarbeitet, ebenso wie die Regelungen zum Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Ausbildung.

Neben der scharf zu kritisierenden Unterscheidung in Menschen mit „guter Bleibeperspektive“ und solchen mit „schlechter Bleibeperspektive“ hat die jüngste Verschärfung des Asylrechts unter anderem zur Kürzung der Leistungen für Asylbewerber, zu einer Einschränkung des Familiennachzugs und zu Einschränkungen der Mobilität geführt. Ein erheblich beschleunigtes Verfahren wurde für Personen aus so genannten „sicheren“ Herkunftsländern eingeführt, für die von Beginn des Verfahrens an, davon ausgegangen wird, dass sie keinen Grund haben, Asyl zu erhalten. Dies beeinträchtigt

jedoch die individuelle und faire Prüfung des Asylantrags, und die Klassifizierung in so genannte „sichere“ Länder entspricht nicht der tatsächlichen Menschenrechtssituation vor Ort, sondern weitgehend den politischen Absichten.

Die Verschärfung all dieser Gesetze stigmatisiert Asylbewerber und die deutsche Gesellschaft erhält von Politikern und vielen Medien das Signal, dass Geflüchtete eine Bedrohung darstellen. Nach einer kurzen Zeitspanne der Akzeptanz und Willkommenskultur wandelte sich die Haltung der Regierenden aus Angst vor dem Erstarken der rechten Parteien in eine Position der Verteidigung und Abschreckung. Der restriktive Trend bei der Gewährung von Schutz ist offensichtlich: So haben sich beispielsweise die Ablehnungsquoten des BAMF für Menschen aus Afghanistan erhöht, wo die Sicherheitslage in Afghanistan eindeutig weiterhin sehr gefährlich ist.

Bereits 2016 äußerten Verbände und NGOs ihre Bedenken über die Qualität der Bearbeitung von Asylanträgen in Deutschland und forderten eine gerechtere und gründlichere Bearbeitung. Sie hoben insbesondere den Mangel an Rechtsberatung und -beistand für Asylbewerber, gravierende Mängel bei den Entscheidungen des BAMF hervor und beklagen seitdem die mangelhafte Gelegenheit zur und die faktisch viel zu späte Beteiligung von NGOs an der Gestaltung von Gesetzen.

Auch heute noch sind sehr viele Freiwillige in der Flüchtlingshilfe tätig. Die Nothilfe 2015 wurde in ein längerfristiges Engagement umgewandelt, mit vielfältigen Projekten und Aktivitäten verschiedenster Initiativen, wie zum Beispiel der Einrichtung von Sponsoring, Musik- und Theaterprojekten sowie Deutschkursen. Zu diesem Zweck haben die AWO und andere Verbände nationale Koordinierungsstellen für Freiwilligenarbeit eingerichtet. Laut einer im Februar 2018 veröffentlichten Studie des Allensbach Instituts³ war der Anstieg der Freiwilligentätigkeit vor allem auf die Notsituation von Geflüchteten in Deutschland zurückzuführen, und viele Freiwillige haben ihr Engagement dann beendet. Allerdings waren im Februar 2018 immer noch 11% der gesamten Bevölkerung

für die Flüchtlinge aktiv und immer mehr Geflüchtete selbst nehmen eine ehrenamtliche Aufgabe war.

Das Bewusstsein und die Sensibilität der Gesellschaft für Geflüchtete, ihre Rechte, Bedürfnisse und Fähigkeiten sind sehr angestiegen. Nicht nur zivilgesellschaftliche sondern auch staatliche Strukturen, Schulen und Unternehmen haben sich auf interkultureller Ebene stärker geöffnet und versuchen mehr als bisher, Hindernisse und Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft zu beseitigen. Dieser Prozess der interkulturellen Öffnung im Sinne einer inklusiven Gesellschaft, der durch den Sommer der Migration stark befördert wurde, wird seit Jahren von der AWO und den NGOs unterstützt.

3 - Allensbach Institut, Das Engagement für die Flüchtlingshilfe, November 2017.

„Aufnehmen und integrieren: Die Rolle von Städten, NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen“

Moderation: Dr. Ellen Ueberschär, Vorstandsvorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung



Leoluca Orlando Bürgermeister von Palermo

Palermo ist die Stadt, die sich in den letzten vierzig Jahren am meisten kulturell verändert hat. Auch andere Städte wie Prag oder Vilnius haben sich verändert, aber durch das Ende der UdSSR und den Fall der Mauer, die zu Veränderungen in ihren institutionellen Strukturen geführt haben. Umgekehrt sind es nicht strukturelle oder bauliche Veränderungen, die Palermo verändert haben. Es ist die Mentalität der Palermitaner, die sich verändert hat. Heute ist die Stadt Palermo nicht mehr die Hauptstadt der Mafia, sondern Kulturhauptstadt. Hier finden große Veranstaltungen statt, und wir sind stolz darauf, alle diejenigen willkommen zu heißen, die nach Palermo kommen wollen.

Palermo hat sich zur sichersten Stadt Italiens entwickelt. Das mag provokant klingen, aber letzte Woche hat das Italienische Nationale Institut für Statistik (ISTAT) dies bestätigt. Es ist eine einladende Stadt, eine Gemeinschaft. Ihre Ziele hat sie dank der Einwanderer erreicht. Und wenn jemand fragt: „Wie viele Migranten gibt es in Palermo?“, ist die Antwort „keine“, denn wer in Palermo lebt, ist Palermitaner. All dies provoziert Kontroversen mit der derzeitigen nationalen Regierung, die Intoleranz und Rassismus fördert, aber diese Haltung lässt den Bürgermeister unbeeindruckt.

Gilles Clément, ein französischer Botaniker, schrieb in seinem Werk „Der globale Garten“ (Le jardin planétaire): Palermo ist einer von ihnen. Es gibt viele Pflanzen, aber keine von ihnen ist eine einheimische Art: In Sizilien kommen alle Pflanzen aus anderen Ländern. Wir sind alle verschieden, nicht durch Geburt, sondern durch Wahl. Palermo zielt darauf ab, die Menschenrechte gegen die gesamte Mafia zu garantieren, und unter den Menschenrechten gibt es natürlich das Recht, begrüßt zu werden. Herr Orlando sagt, dass er stolz darauf ist, der Bürgermeister einer Stadt zu sein, die sich so sehr gegen die Mafia engagiert hat, die Geflüchtete aufnimmt, die die größte Gay Pride in Europa organisiert und die im Großen und Ganzen die Rechte aller verteidigt.

Im Falle eines „zweiten Nürnberger Prozesses“ wegen des „Völkermords im Mittelmeer“ will Palermo nicht auf der Anklagebank sitzen. Ob vor Gericht oder in den Geschichtsbüchern, dieser Prozess wird stattfinden: „Wir können nicht sagen, dass wir es nicht wussten.“

Adham Darawsha Stellvertretender Bürgermeister von Palermo

Herr Darawsha begann, am Leben Palermos durch eine 2012 geschaffene Vorrichtung teilzunehmen, die „Consulta delle culture“ (wörtlich: die „Konsultation der Kulturen“), die sich mit dem Thema Integration beschäftigt und darüber nachdenkt, wie man eine Gemeinschaft aufbauen kann, in der alle Bürger zusammenleben können.

Dieses Zusammenleben kann verschiedene Wege gehen. In Palermo legt die Stadt großen Wert auf demokratische Beteiligung. Geflüchtete brauchen nicht nur Nahrung und Unterkunft, sondern auch die Möglichkeit, am Leben der Stadt teilzunehmen. Herr Darawsha nimmt seinen eigenen Fall als Beispiel, da er bei seiner Ankunft kein Italienisch sprach und nicht dachte, dass er jemals in der Lage sein würde, am Gemeinschaftsleben teilzunehmen.

Italien und Europa blieben für ihn trotz allem offen. Herr Darawsha kommt aus einer Region mit einer schwierigen Situation - er ist

israelischer Staatsbürger palästinensischer Herkunft - und hat die Schwierigkeit erlebt, eine doppelte Identität zu haben. Die Stadt trägt dazu bei, die Gemeinden näher zusammenzubringen und umgekehrt.

Als Präsident der Consulta hat er sich dafür eingesetzt, den Rückzug der Gemeinschaft an den Kultstätten zu reduzieren und den Austausch und die Offenheit gegenüber der Stadt zu fördern. Die Stadt muss ihre Gemeinden kennen. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse von Migranten nicht gleichbedeutend ist mit ihrer Integration. So müssen beispielsweise kultureller Reichtum und Wissen über Lebensmittel ausgetauscht werden. All dies trägt auch zur Integration und zum Austausch bei. Wir müssen auch anderen Aspekten Beachtung schenken, wie der Frage nach ihren Rechten.

Die Stadt Palermo wollte innovativ sein. So besuchte die Consulta beispielsweise den ersten Gay Pride in Palermo. Dies ist eine Veranstaltung für die ganze Stadt, und nicht nur für LGBT-Leute, zu denen immer mehr Menschen gehen. Die Stadtverwaltung hat das Treffen zwischen Geflüchteten und der LGBT-Gemeinschaft gefördert. Wenn es möglich ist, die Verteidigung der Rechte verschiedener Menschen zusammenzubringen, geschehen noch schönere Dinge. Das Thema Rechte ist einzigartig: Rechte sind für alle.

Was die Frage betrifft, ob es wirklich ein Migrationsproblem in Europa gibt, so kann dies eine verzerrte Wahrnehmung sein. Tatsächlich sind nur wenige Menschen nach Europa gekommen, die Zahlen sind nicht so hoch. Europa sollte eine Kampagne starten, die sich an Bürger richtet, die schlecht informiert sind, um dem Populismus entgegenzuwirken, der die sozialen Netzwerke heimsucht, indem es gefälschte Nachrichten verbreitet. Die nächste Herausforderung ist die Kommunikation. Populismus basiert auf verzerrten, ja sogar kriminellen Informationen, die die Vorstellung verbreitet, dass der Ausländer notwendigerweise schlecht ist.

Damien Carême

Bürgermeister von Grande-Synthe und Gründungsmitglied der „nationalen Vereinigung der freundlichen Städte und Territorien“

Damien Carême kämpft seit vielen Jahren darum, den Menschen, die auf dem Territorium ihrer Gemeinde ankommen, „ein wenig Würde und Menschlichkeit zurückzugeben“. Die ersten kamen 2004, und die Stadt empfing bis 2015 als die Syrer ankamen bis zu 2.500 Menschen, und das für eine Gemeinde mit 23.000 Einwohnern. Als Reaktion auf den Notfall wurde von der Gemeinde ein humanitäres Lager errichtet. Trotz der Warnungen des UNHCR, der die Vorbereitung auf diese wichtige Ankunft forderte, wurde von der Regierung keine Aufnahmepolitik eingeführt.

Heute muss Frankreich seinen großen Rückstand bei den [Unterkunfts-]Plätzen aufholen. Der Bau des Lagers von Grande-Synthe führte zu einem sehr schwierigen Kräfteverhältnis mit der Regierung, aber am Ende übernahm der Staat die finanzielle Verantwortung für den Betrieb des Lagers. Am 10. April 2017 ist es jedoch niedergebrannt.

Doch auch heute noch weigert sich die Regierung, Anlagen an der Nordsee- und Kanalküste zu bauen. Man fürchtet sich vor „Zugluft“ oder „Befestigungspunkten“. Die Aussagen sind seit 2008 die gleichen. Es wird alles getan, um die Menschen davon abzuhalten, sich einzuleben. Zusammenfassend lässt sich sagen, wie es der ehemalige Innenminister Gérard Collomb formulierte: „Wir werden sie dazu bringen, zu uns nach Hause zu kommen“. Dies ist in der Tat die Politik, die heute in Frankreich umgesetzt wird, durch Verhalten, Maßnahmen und das Asyl- und Einwanderungsgesetz. Mit der Verlängerung der Verweildauer und der Einführung von Videointerviews zum Beispiel zeigt dies, dass alles getan wurde, um abzuschrecken.

Vor der Konferenz verbrachte D. Carême einige Tage in Montgenèvre bei Briançon mit den Plünderern, die Geflüchteten beim Versuch, die Grenze zu überqueren, bei einer Schneemenge von 1,5 Metern und unter entsetzlichen Bedingungen unterstützen.

Bei einem Besuch bei der Grenzpolizei wurde berichtet, dass Personen, die Asyl beantragen wollten, einschließlich einiger Kinder, nach Italien zurückgeschickt wurden, weil der Asylantrag dort hätte gestellt werden müssen. Manchmal lehnen italienische Polizisten Kinder ab, und dann bitten die französischen Behörden und die Kinderfürsorge (aide sociale à l'enfance), sich um sie zu kümmern. Die konsultierten französischen Einreiseverweigerungsformulare waren bereits ausgefüllt und es war Herrn Carême nicht möglich, ein leeres Exemplar zu sehen. Man versteht das Problem, das hinter all dem steckt: Wir verbergen Dinge, auch vor dem Gesetzgeber dieses Landes.

In Palermo wurde Leoluca Orlando im ersten Wahlgang Dank einer positiven Rhetorik wiedergewählt. Dies zeigt, dass die Bevölkerung uns begleitet, wenn wir über die Aufnahme von Geflüchteten als Chance sprechen, positiv, und nicht als Problem,. In Frankreich, wenn wir uns die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen [2017] ansehen, hat der Front National in der gesamten Region Hauts-de-France eine hohe Punktzahl erreicht, außer in Städten wie Grande-Synthe, wo die Linke an der Spitze stand. Wenn wir Kinder in der Schule willkommen heißen, wenn wir gemeinsam etwas bauen, funktioniert es. Aus diesem Grund sind Bürgermeister wichtig für die Aufnahmepolitik. Aber der Staat muss sich beteiligen, denn es liegt in seinen Befugnissen, er ist es, der unterstützen muss.

In Grande-Synthe wurde eine Turnhalle für Menschen eröffnet, welche der Staat nicht akzeptiert. Es gibt etwa 550 Geflüchtete, die auf Kosten der Gemeinde betreut werden, was nicht üblich ist. Ähnlich ist die Situation in Briançon. Hier brauchen die Kommunen auch die Unterstützung des Staates: Wir können die Extremen nicht besiegen, indem wir ihre Politik umsetzen. Wir müssen um jeden Preis für unsere Werte kämpfen.

Henriette Reker Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Die Städte in Deutschland sind die „Reparaturbetriebe“ für alles, was in den Ländern und im Bund nicht funktioniert. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft spielen sie eine

entscheidende Rolle bei der Aufnahme und Integration nicht nur von Geflüchteten, sondern aller Einwanderer. Die Menschen kommen dorthin und leben dort, und es ist sehr wichtig zu wissen, wie sie aufgenommen werden, wie sie teilhaben können, damit sie sich mit ihrer neuen Heimat identifizieren können. Es ist auch wichtig zu bestimmen, ob Einwanderung zu einer Chance oder im Gegenteil zu einem Risiko wird.

Die Sachlage ist in Köln und Palermo ähnlich: Köln gäbe es ohne Einwanderung nicht. In den letzten 2.000 Jahren sind verschiedene Menschen nach Köln eingewandert, und so hat sich die Stadt entwickelt. In Köln, einer Gemeinschaft, die neugierig auf Ausländer ist, herrscht eine große Offenheit.

Die Ereignisse an Silvester [31. Dezember 2015] haben einen großen Schock ausgelöst, was aber eher damit zusammenhängt, dass die Stadt, bekannt für ihre Feste und ihre Vielfalt, als Tatort genutzt wurde. Alle Männer, die sich verabredet hatten, Frauen anzugreifen, gaben sich das Wort, diese Missbräuche zu begehen. Und es ist sehr bedauerlich, dass von den mehr als 150 eingereichten Klagen nur sehr wenige Personen vor Gericht gestellt wurden, weil die weiblichen Opfer einfach nicht mehr die Möglichkeit hatten, die Täter zu identifizieren.

Aber Köln hat diese Situation überwunden, auch wenn, wie die überregionale Presse zeigt, dieses Thema noch immer diskutiert wird. Die Gastkultur in Köln bleibt jedoch intakt und hat zu einer offeneren Diskussion geführt. In jedem Stadtteil gibt es öffentliche Treffen, damit jeder seine Probleme, Sorgen und Ängste äußern kann, und in Köln funktioniert es gut. Wenn es, was selten vorkommt, einige Menschen kritischer werden, dann intervenieren andere sofort, um sie zu beruhigen.

Die Stadt hatte 6.500 Freiwillige auf dem Höhepunkt der Ankünfte im Jahr 2016, als Köln etwa 15.000 Geflüchtete begrüßte. Jetzt sind noch 3.500 übrig, aber nicht, weil der Wille, diesen Menschen zu helfen, gebrochen ist, sondern weil viele Freiwillige auf gesetzliche Barrieren stoßen.

Abgesehen von Menschen, die wegen Straftaten zurückgeschickt wurden und keine Integrationsbemühungen gezeigt haben, sieht die Stadt die anderen Einwanderer als Chance. Köln hat 4.000 Schüler aufgenommen und verfügt derzeit über 180 „Willkommensklassen“. Für die Stadt ist dies eine große Bereicherung, aber sie kostet jedes Jahr 150 Millionen Euro bei einem Jahresbudget von 4,6 Milliarden Euro. Solange die Stadt diese Verantwortung als Kommune übernehmen kann, muss sie dies tun.

Was die Staaten betrifft, so müssen sie ihre Migrationspolitik in Ordnung bringen. In Deutschland besteht ein Bedarf an einer besseren Regulierung zwischen Bund und Ländern. Auch die Europäische Investitionsbank könnte sich beteiligen, indem sie den Zugang zu europäischen Fonds vereinfacht. Wohltätigkeitsorganisationen können nicht allein handeln: Initiativen müssen gemeinsam ergriffen werden.

Prof. Dr. Petra Bendel

Akademische Direktorin und Geschäftsführerin am Zentralinstitut für Regionenforschung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Das Team der Universitäten Erlangen-Nürnberg und Hildesheim, darunter P. Bendel hat eine Studie⁵ erstellt, die einige der Hauptthemen der europaweiten Debatte über die Rolle der Städte entwickelt. Die im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführte Studie ist auch mit einem Forschungsprojekt verbunden, in dem die Arbeit an diesem Thema bis 2021 fortgesetzt wird.

Städte waren schon immer attraktive Orte für Migranten, und einige von ihnen wären ohne Einwanderung nicht entstanden. Sie sind es, die gezeigt haben, dass „Wir schaffen das“⁶, vor allem angesichts der zögerlichen Verhandlungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten über die Aufnahme von Flüchtlingen. Heute ist es beinahe die „Zeit der Kommunen“: Das Zeitfenster ist weit offen, so dass engagierte Städte nicht nur Integrationspolitik betreiben, sondern zunehmend auch Migration selbst gestalten können. Teilweise gegen nationale Entscheidungen und im deutschen Kontext gegen die der Länder

sind Kommunen zu wahren Exekutivorganen der Migrationspolitik geworden.

In Deutschland haben Städte wie Berlin, Bonn oder Düsseldorf angeboten, gerettete Flüchtlinge im Mittelmeer aufzunehmen. In der laufenden Seebrücken-Kampagne sind es bereits mehr als vierzig. Vor einigen Wochen haben sich die Bürgermeister von Palermo, Neapel, Bologna und Mailand mit den Bürgermeistern mehrerer spanischer Städte zusammengetan, um in einem gemeinsamen Manifest die Aufnahme von Flüchtlingen zu beantragen.

Diese Städte sind heute Teil eines Netzwerks und bilden starke Interessengruppen wie die „Solidaritätsstädte“ (Solidarity Cities). In der EU wird seit langem von „Städtediplomatie“ gesprochen, und der Global Compact on Refugees fordert auch die Unterstützung der Aufnahmegemeinden. Da die Stadtvertreter zunehmend politisch sprechen, können sie sich auch für eine bessere Aufgabenverteilung, auch auf europäischer Ebene, einsetzen.

In verschiedenen Politikbereichen gibt es Instrumente zur Stärkung der institutionellen Einbindung von Kommunen in europäische Prozesse, die im Rahmen der Migrationspolitik eingesetzt werden können, wie z.B. die Urban Agenda for the EU. Sie wurde 2016 entwickelt und zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, den Städten, der Europäischen Kommission und anderen Beteiligten zu verbessern, und enthält einen Aktionsplan zur Unterstützung der Integration von Geflüchteten und Flüchtlingen.

5 - Petra Bendel, Hannes Schammann, Christiane Heimann, Janina Stürmer, Der Weg über die Kommunen: Empfehlungen für die Flüchtlings- und Asylpolitik der EU, Heinrich-Böll-Stiftung, 13/02/2019.

6 - Unter Bezugnahme auf den Slogan, mit dem sich Bundeskanzlerin Angela Merkel im August 2015 auf ihre Aufnahme politik bezog, als Zehntausende von Geflüchteten nach Deutschland kamen.

In der Studie wurden die wichtigsten Hindernisse ermittelt, die Gemeinden und die Zivilgesellschaft daran hindern, eine größere Rolle im Bereich Migration und Integration in Europa zu spielen, auf deren Grundlage diese Empfehlungen entwickelt wurden:

1/ Vereinfachung und Öffnung der europäischen Subventionen für Kommunen: Diese Subventionen sind komplex, vielfältig und zu spezifisch. Die bestehenden Gemeinschaftsmittel müssen besser koordiniert und mit anderen Zuschüssen „kombinierbar“ sein, und die Informationen über ihren Zugang müssen durch nationale Stellen vereinfacht werden.

2/ Stärkung des Grundsatzes der Mitspracherechte der Kommunen: Der Partnerschaftsgrundsatz, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, „die zuständigen Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene“, einschließlich NGOs und Sozialpartner, einzubeziehen, wird derzeit sehr unterschiedlich angewandt. Um sie zu konsolidieren, sollten beispielsweise bewährte Verfahren ausgetauscht, alle relevanten Interessengruppen effektiv in den Prozess einbezogen und eine Schnittstelle zur Bewältigung von Konflikten zwischen dem Nationalstaat und den Kommunen eingerichtet werden.

3/ Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten durch einen innovativen kommunalen Relocation Mechanismus, der sich an den Bedürfnissen und Interessen der Gemeinschaften (z.B. Jobangebote), aber auch der Flüchtlinge selbst orientiert. Auf der Grundlage von Selbsthilfegruppen und nach dem Modell privater Umsiedlungsmechanismen würde ein algorithmisch unterstütztes Abgleichsverfahren es den Gemeinden ermöglichen, die Aufnahme von Flüchtlingen mitzugestalten und konkret auf ihre Ankunft vorzubereiten.

Es ist an der Zeit, die lokalen Behörden ernsthaft in die nationale und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik einzubeziehen. Diese sind bereit, und die Europäische Union sollte diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen.

Nicole Rouvet

Nationalsekretär der Secours Populaire, zuständig für Migrationsfragen

Heute muss in allen Aufnahme-, Solidaritäts- und Gesundheitszentren der Secours Populaire festgestellt werden, dass Armut zu dem Leid der Exilanten hinzukommt. Der von Secours Populaire organisierte Empfang besteht daher in erster Linie darin, das Vertrauen dieser Menschen zu stärken und ihre Grundbedürfnisse in Bezug auf Gesundheit, Ernährung, Wohnen und Zugang zu Rechtsansprüchen zu decken.

Bei den Lebensmitteln muss der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) gestärkt werden, der aktuell durch einen sehr starken Rückgang der Mittel bedroht ist. Diese Unterstützung aus Europa ermöglicht es allen Mittellosen, von der Grundversorgung zu profitieren. In Gesundheitsfragen unterstützen professionelle Freiwillige aus dem Sektor die Secours Populaire, um den Menschen zuzuhören, sie zu beraten und sie in Richtung der verschiedenen medizinischen Fachgebiete zu orientieren.

Im Bereich des Wohnungsbaus, setzen Freiwillige unglaubliche Phantasie ein, sobald die finanziellen Mittel es nicht mehr zulassen, dass diese im Exil lebenden Menschen untergebracht werden. Im Puy-de-Dôme werden Bürgergruppen gebildet und 8, 10 oder mehr Personen beschließen, die Wohnkosten für ein Jahr zu übernehmen. Bislang haben fünf Wohnungen es 26 Menschen ermöglicht, in Wärme zu schlafen. In anderen Departements Frankreichs stellen die Besitzer Ferienhäuser, Wohnwägen und sogar Wohnungen zur Verfügung.

Das Erlernen der französischen Sprache und der Zugang zu Rechten sind wesentliche Voraussetzungen. Die Organisation arbeitet mit Fachleuten, Spezialisten, Freiwilligen oder Nicht-Fachleuten zusammen, die wissen, wie man Menschen perfekt berät und unterstützt. Zu diesem Zweck wurden in allen Büros informelle Kurse Französisch als Fremdsprache (FLE) eingerichtet. Das alles sind Mittel, um das Leben in Frankreich, seine Kultur, seine Geschichte, seine Funktionsweise zu entdecken und es diesen

Menschen zu ermöglichen, während einer Wanderung, eines Museumsbesuchs, eines Kochkurses, mit einer Musikgruppe, über einen Studienort oder über einer Fußballmannschaft, Akteur seines Lebens zu werden und als Vollbürger anerkannt zu werden.

Der Verband unterstützt diese Menschen auch beim Zugang zu Rechten in der Überzeugung, dass Exilanten nicht der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekräftigten Rechte beraubt werden können, nur weil sie sich noch nicht in einer regulierten Rechtslage befinden. Die zahlreichen, komplexen und zu langen Verfahren führen dazu, dass jeder angesichts der Verschachtelungen der französischen Verwaltung völlig verloren ist. Außerdem hat Secours Populaire in vielen Strukturen Partnerschaften mit Anwälten geschlossen, die auf freiwilliger Basis die Fragen der Menschen beantworten, denen wir helfen.

In einer Zeit, in der Mauern gebaut werden, reale und imaginäre, sichtbare und unsichtbare Grenzen, zeigt die Tätigkeit von Secours Populaire, die sich mit der Ankunft vieler Freiwilliger unter den Flüchtlingen weiterentwickelt hat, dass sie einen vollwertigen Platz in unserer Gesellschaft haben und dass wir sie weiterhin unterstützen müssen.

Der Rückgang der Zahl der Geflüchteten auf der Suche nach Lebensmitteln, Kleidung, Unterkünften und medizinischer Versorgung die Secours Populaire aufgenommen hat, wird ein Indikator dafür sein, dass die öffentlichen Behörden bereit sind, ihre Probleme zu berücksichtigen.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Vorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V.

In Deutschland ist die Zivilgesellschaft nach wie vor eine entscheidende Kraft, die sich dafür einsetzt, den Menschen, die Schutz suchen, das Leben zu erleichtern sowie ihre Rechte zu schützen und zu stärken. Im Zusammenhang mit dem deutlichen Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 sind spontan viele neue Initiativen entstanden, die oft überraschend professionalisiert wurden und ohne deren Engagement die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen an vielen Orten nicht möglich gewesen wäre.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband beschäftigt 520.000 Hauptamtlichen und ist mit keiner politischen Partei oder Religion verbunden. Die Organisation hat mehr als 10.000 Mitgliedsorganisationen, die unabhängig und in allen Bereichen der Sozialarbeit, einschließlich der Unterstützung von Geflüchteten und Flüchtlingen, tätig sind.

In diesem Aktionsbereich bietet sie insbesondere Unterkünfte, Beratung und psychosoziale Unterstützung an. Ihre Tätigkeit besteht in der Mobilisierung und Koordination von Ehrenamtlichen, aber auch in der Durchführung einer „Anwaltsfunktion“, der Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen, sei es im Einzelfall oder im Einsatz auf lokaler, Landes- oder Bundesebene für eine Verbesserung der Aufnahmebedingungen.

Während im Jahr 2015 die Erstorientierung und die Unterstützung bei Erstaufnahme und in Unterkünften, auch in Notsituationen, im Vordergrund standen, wird die Integration immer wichtiger. Einige Entwicklungen in Deutschland erschweren jedoch die Aufnahme und Integration. Nach der Ankunft werden die Asylbewerber zunächst in großen Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und bleiben dort vorzugsweise bis zum Ende des Asylverfahrens. Dies kann Monate oder sogar Jahre dauern. Die Menschen sind völlig untätig: Sie haben keinen Integrations- oder Sprachunterricht, sie dürfen nicht mehr kochen, und die Kinder gehen nicht zur Schule. Es ist daher notwendig, diese Zeit der Erstaufnahme so kurz wie möglich zu gestalten.

Darüber hinaus ist der Zugang zu Integrationsangeboten nur für Asylbewerber möglich, für die eine gute Chance besteht, in Deutschland zu bleiben. Diese von der Verwaltung definierte Bleibeperspektive gilt nur für Flüchtlinge aus den vier Ländern, deren Anerkennungsquote über 50% lag. Die Realität zeigt jedoch, dass viele Menschen mit einer „schlechten Bleibeperspektive“ länger im Land bleiben. Es ist daher katastrophal, ihnen von Anfang an Integrations- und Beteiligungsmöglichkeiten zu verwehren und damit ihre Lebensbedingungen und Rechte einzuschränken. Darüber hinaus wird vergessen, dass Integrationsmaßnahmen nicht

„schädlich“ sind, auch nicht für diejenigen, die zurückgeschickt werden. Alle Personen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihren vermeintlichen Bleibeperspektive, sollten daher spätestens nach drei Monaten Zugang zu allen Sprach-, Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten haben.

Ein faires Asylverfahren muss auch eine unabhängige Verfahrensberatung beinhalten. Wohltätigkeitsorganisationen arbeiten seit langem daran, dass ein solcher Rechtsbeistand systematisch national angeboten wird, aber dies war bisher nur im Einzelfall möglich. Der Druck auf gescheiterte Asylbewerber, das Land zu verlassen, nimmt in Deutschland derzeit massiv zu. Die Organisation setzt sich dafür ein, dass diese Verfahren den Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit und des humanitären Rechts entsprechen. Das ist heute oft nicht der Fall.

Ein zentrales Problem ist schließlich zweifellos der „Rechtsruck“, d.h. die Stärkung rechtsradikaler Gruppen und Parteien. Neben all den anderen Problemen, die damit einhergehen, führt dies an einigen Stellen auch zu massiver Einschüchterung von Organisationen, die Flüchtlinge unterstützen und es nicht mehr wagen, sich öffentlich für sie auszusprechen. Der Paritätische hat daher Anfang 2019 ein Projekt gestartet, um allen ihren Mitgliedsorganisationen, die von „rechtsextremen rassistischen Elementen“ bedroht sind, konkrete Hilfe zu leisten.

Den Kommunen kommt bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen eine zentrale Rolle zu. Während einige Kommunen sich hier in der Vergangenheit sehr engagiert gezeigt haben, nehmen andere eher eine reservierte bis ablehnende Haltung ein. Dies ist in der Tat eng mit der Persönlichkeit der Bürgermeister und der Amtsleitung eines Ausländeramtes verbunden. Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist daher darin zu sehen, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft weiter zu intensivieren, denn die Integration findet auf der Ebene der Städte statt.

„Wie kann man über Asyl und Einwanderung in Europa kommunizieren?“

Moderation: Romy Straßenburg, Journalistin



Nina Horaczek
Chefredakteurin des Wiener
Wochenmagazins „Falter“

Rechte Demagogie funktioniert nur indem man die Welt in zwei feindliche Gruppen einteilt: „wir“ und „die Anderen“. Zwischen diesen beiden Gruppen wird ein permanenter Kampf inszeniert.

Die „wir“ sind die Guten, die Braven, die Tüchtigen, die Anständigen. Das, was rechte Demagogen als „das Volk“ bezeichnen. Die „Anderen“ unterteilen sich in drei Gruppen: Die da oben (die Politiker, die Elite, das System, die Medien); die da draußen (die Bösen aus dem Ausland, die „uns“ bedrohen) und die da unten (sozial verachtenswerte Leute, die sich Rechte und Privilegien herausnehmen, die nur „uns“ zustehen).

So lässt sich verstehen, wieso Demagogen Flüchtlinge so gerne als Sündenböcke missbrauchen: sie kommen von da draußen; sie wurden von denen da oben in Land geholt und sie sind zumindest zu Beginn auf Sozialleistungen angewiesen, zählen also zu denen da unten.

Das Anders sein von Flüchtlingen (anderes Aussehen, andere Sprache, andere Herkunft) macht es Demagogen einfach, Flüchtlinge als radikal „Andere“ darzustellen. Denn rechte Demagogie braucht ein Feindbild, das von uns als Menschen radikal getrennt dargestellt wird. Ihr Ziel ist, den Anderen alles Menschliche radikal abzusprechen.

Nur so kann jegliches Mitgefühl durch Hass ersetzt werden.

Deshalb machen Demagogen in ihrer Strategie ganz gezielt eines: Flüchtlinge entmenschlichen. Da nennt zum Beispiel ein FPÖ-Abgeordneter im österreichischen Parlament Flüchtlinge „Erd- und Höhlenmenschen“. Das erklärt auch, wieso Flüchtlinge so gerne mit Tieren verglichen werden: „die machen alles dreckig.“

Schon sind wir beim journalistischen Dilemma: Wir berichten über solche Verbalangriffe. „Sagen, was ist“, das ist unser Job. Aber gleichzeitig mit der Empörung verfestigen wir das Bild des entmenschlichten Flüchtlings durch genau diese Berichterstattung. Wir müssen berichten. Aber wir müssen uns überlegen, wie wir berichten. Damit meine ich definitiv nicht, Sachverhalte zu verschweigen.

Was wir noch tun sollten: Weniger berichten. Die Zahl der Geflüchteten, die in Europa ankommen, ist seit 2015 massiv gesunken. Trotzdem berichten zahlreiche Medien bis heute in der (fast) gleichen Intensität über das Thema wie damals. Es gibt in Europa auch zahlreiche andere Themen, die mindestens so viel Aufmerksamkeit – wenn nicht sogar mehr – verdienen würden: Soziale Gerechtigkeit, Fragen der Erderwärmung, die Zukunft der Arbeit und vieles mehr.

Politiker der extremen Rechten verschieben ständig die Grenzen des Sagbaren. Sie tun das kalkuliert und bewusst. Wir reagieren darauf viel zu oft wie die Pawlowschen Hunde, die auf jeden Reiz aufspringen. Auf die Eskalation folgt die von den Rechtsextremen längst einkalkulierte Empörung, die ihnen hilft, Schlagzeilen zu lukrieren.

Auch hier befinden wir uns in einem Dilemma: Wir müssen berichten und helfen damit gleichzeitig den extremen Rechten. Denn diese wissen längst, dass die Medien ihnen helfen – egal, ob der Bericht positiv oder negativ ist. Reichweite bringt mehr Wähler.

Wie können wir Journalistinnen und Journalisten in diesem Spannungsfeld agieren? Wir müssen nur unseren Job machen. Das bedeutet, ausgewogen zu berichten und

Misstände ansprechen. Einfach, sagen, was ist. Sagen, was ist, bedeutet aber auch, über das Positive zu berichten.

Wir Journalisten müssen auch den globalen Kontext stärker beleuchten. Die Frage, die wir unseren Leserinnen und Lesern beantworten müssen, lautet: Was haben die Flüchtlinge mit mir zu tun? Was sind die Gründe für die Flucht? Flüchtlinge fallen nicht vom Himmel.

Rechte Demagogen haben das Ziel, Flüchtlinge und Migranten zu entmenschlichen. Die völlige Abspaltung zwischen den „wir“ und den „Anderen“ funktioniert nur, wenn das Mitgefühl durch Hass ersetzt wird. Das funktioniert erst, wenn wir im „Anderen“ nicht mehr den Menschen sehen.

Unsere Aufgabe als Journalistinnen und Journalisten ist es, den geflüchteten Menschen eine Stimme zu geben, sie sprechen zu lassen, anstatt nur über sie zu sprechen. Wir sollten dabei ganz am Anfang, bei der Sprache beginnen: Wir sprechen oft von Flüchtlingskrisen und implizieren damit, dass die Flüchtlinge eine Krise sind. Wir sollten von Fluchtkrise sprechen. Nicht die Flüchtlinge sind das Problem, sondern die Tatsache, dass Menschen in sehr vielen Regionen der Welt zur Flucht gezwungen sind.

Das sind alles kleine Schritte. Sie werden das Problem nicht lösen. Aber schon diese kleinen Schritte können den Diskurs über Geflüchtete verändern – weg von der Demagogie hin zu mehr Sachlichkeit und Menschlichkeit.

Pierre Henry
Geschäftsführer von France Terre d'Asile

Es gibt kein Geheimrezept, dies ist ein Zeichen der Bescheidenheit. Wenn Sie in diesem Raum die Frage stellen „Wie kann man über Migration kommunizieren?“, hat jede Person eine kleine Vorstellung davon, wie man am besten vorgehen soll. Was ich weitergeben kann, ist einfach eine praktische Erfahrung, die im Laufe der Jahre zu einer Expertise geworden ist.

Im Grunde genommen ist diese Frage seit zwanzig Jahren die gleiche. Vor 20 Jahren

haben wir uns einfach gefragt, wie wir über die Einwanderung informieren können. Heute fragen wir uns, wie wir über die Einwanderung kommunizieren können. Wörter verändern sich im Laufe der Zeit, mit neuen Weltwirklichkeiten und neuen Kommunikationskanälen. Aber tief im Inneren weiß niemand wirklich, wie man darauf antworten kann, was getan werden muss, um den anderen, den Ausländer, annehmbarer zu machen. Die Verschiebung der Bedeutung zwischen den beiden, informieren und kommunizieren, beschreibt gut die Veränderung in der Zeit, in der wir uns befinden.

Unter Information versteht man die Bereitsstellung von Daten zur Förderung einer fairen Interpretation der Fakten. Kommunizieren heißt beeinflussen wollen, die Repräsentation oder das Verhalten der Person, an die man sich wendet, verändern wollen. Wenn es Menschen gibt, die das sehr gut verstanden haben, dann sind es die nationalen Identitäten, die in dieser Frage mit Beständigkeit und Hartnäckigkeit kommunizieren. Sie denken, dass sie eine Mission haben und entwickeln eine „gebunkerte“ Weltsicht; der Versuch, mit ihnen vernünftig zu reden, hat fast keine Chance, dabei ihre Wahrnehmung zu verändern.

Das erste, was man bedenken sollte, ist, dass wir es mit einem direkten kulturellen Kampf zu tun haben. Ein Kampf, der zur Eroberung der Macht führt, dessen Ziel der zentrale Teil der öffentlichen Meinung ist, der sich „besorgt“, „verlassen“ oder „zurückgelassen“ fühlt, zugunsten der Neuankömmlinge. Wenn es einen Notfall gibt, geht es natürlich darum, uns in Kampfstellung zu versetzen, um auf diese Situation zu reagieren.

Gestern waren es die Lügen, die von der extremen Rechten, von Herrn Le Pen, verbreitet wurden, etwa „1 Million Einwanderer = 1 Million Arbeitslose“. In Deutschland hieß der Slogan einer kleinen rechtsextremen Partei, der NDP, im selben Jahr „Ausländerstopp - Deutschland den Deutschen“. Diese beiden Slogans wurden nun durch Millionen von Gerüchten und gefälschten Nachrichten über Geflüchtete ersetzt. Sie hängen mit ihrer Zahl, ihren Kosten, dem angeblichen Missbrauch des Sozialschutzes, ihrer angeblichen Gewalt, den terroristischen Aktivitäten, die

ihre Präsenz hervorrufen würde, und natürlich mit der Frage des Islam zusammen. Der Kampf ist offensichtlich sehr ungleichmäßig. Die Populisten stellen sich mehr oder weniger wie ein Mann hinter diesem einfachen Gedanken auf: Frankreich den Franzosen, Deutschland den Deutschen, Ungarn den Ungarn.

In der Zwischenzeit reagieren Humanisten oft in umgekehrter Reihenfolge. Wir müssen über diese Frage hinausgehen und uns folgende Frage stellen: Welchen Kompromiss sollen wir eingehen, zu welchem einvernehmlichen Schiedsverfahren sind wir bereit, um uns in eine Kampfstellung zu bringen? Wie können wir uns eine gemeinsame Welt vorstellen, eine Welt des Schutzes und des Fortschritts? Diese Frage geht weit über die von uns initiierte Zusammenkunft hinaus.

Die erste Botschaft bleibt daher die Einheit und die Notwendigkeit, Kompromisse zwischen uns zu finden, um auf die extreme Rechte reagieren zu können. Unsere Demokratien müssen zu offenen Gesellschaften werden, die die Grundwerte der Europäischen Union und unsere gemeinsamen internationalen Verpflichtungen respektieren. Europa ist weder ein Sieb noch eine Festung. Wir brauchen gemeinsame Regeln für Freiheit und Schutz. Wir in Frankreich und Deutschland wissen sehr wohl, dass, wenn es um Souveränität oder nationale Identität geht, die wahnwitzigsten Lügen wieder an Boden gewinnen. Nehmen wir das Beispiel des Aachener Vertrages oder des UNO-Migrationspaktes.

Um gut zu kommunizieren, bedarf es keines Geheimnisses, man muss die Situation verändern. Es muss getan werden, indem man Politik macht, indem man die Städteordnungen ändert, indem man einen neuen Bürgervertrag vorschlägt. Und das kann nur durch die Ko-Konstruktion öffentlicher Politik mit den politischen Entscheidungsträgern erreicht werden, denn bei der Ko-Konstruktion geht es darum, die notwendigen Kompromisse einzugehen, um das zu erreichen, was wir wollen.

Einige von uns hier träumen von einem zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderung (IPCC) aber zur Migration, weil wir

eine ausgewogene öffentliche Politik in Migrationsfragen inspirieren müssen. Dieser wird nur dann wirksam sein, wenn es Forschung, objektive und qualitativ hochwertige Informationen in Zusammenarbeit mit dem Freiwilligensektor und der Politik liefern kann. Jeder muss über seine Komfortzone hinausgehen, um mit einer gemeinsamen Stimme angesichts eines rechtsextremen Diskurses sprechen zu können, der nicht nur zeitlich und temporär ist: Dieser Zyklus wird voraussichtlich einige Jahrzehnte dauern.

Es gibt keinen Schlüssel zur Kommunikation: Es ist ein kultureller Kampf, der geführt werden muss. Er muss gemeinsam mit einer Reihe von Kräften und Kompromissen durchgeführt werden; arbeiten Sie mit denen zusammen, die über Kenntnisse in diesem Bereich, über Fachwissen auf diesem Gebiet verfügen und für die Gestaltung der Stadt verantwortlich sind. Es ist wichtig, dass versucht wird, die Wahrnehmungen auf lokaler Ebene zu ändern. Wir müssen gegenüber der aufnehmenden Gesellschaft und mit der aufnehmenden Gesellschaft handeln. Auf diese Weise können Wahrnehmungen verändert werden. Wir befinden uns in einem virtuellen Krieg, und es liegt an uns, ihn zu gewinnen.

François-Xavier Demoures
Geschäftsführer von More in Common
Frankreich

Die Frage der Kommunikationsmittel zu Asyl und Einwanderung ist von entscheidender Bedeutung und hat in erster Linie dringenden Charakter: Es geht um die Verteidigung der Rechte von Neuankömmlingen, die täglich ignoriert oder bedroht werden. Aber diese Frage wirft eine andere, noch grundlegendere Frage auf: Können wir noch kommunizieren? Der Aufruf zum Mitgefühl, beispielsweise durch die Berichterstattung über die dramatische Situation von Geflüchteten in Calais oder auf Seeüberfahrten, löste einen ersten spontanen Anstieg der Solidarität aus. Aber dieser Effekt ist verblasst, schlimmer noch: Wiederholt ausgestrahlte Bilder von Menschen im Exil auf Rettungsboten haben eine andere Sichtweise unterfüttert - die der Invasion -, während die Bilder aus Calais das Narrativ einer unentwirrbaren Situation reflektiert und in die Welt getragen hat.

Wenn man den wirtschaftlichen Nutzen der Einwanderung aufzeigt und darüber berichtet, was Neuankömmlinge in die Gesellschaft einbringen, ist die Standardantwort, dass Einwanderung Arbeitslosigkeit bedeutet und dass Migranten hierher kommen, um Staatshilfe zu erhalten. Wenn man sich auf die Pflicht beruft, indem man Brüderlichkeit in der Menschheit fordert, wird man schnell beschuldigt, den moralischen Zeigefinger heben zu wollen, „die Realitäten“ zu ignorieren, „Naivität“ zu zeigen, ein „Gutmensch“ zu sein. Es geht also nicht nur um die Wortwahl. Diese Elemente haben jedoch eines gemeinsam: Sie sind Gegenreden. Sie kommen als Reaktion auf eine andere Narrative und laden uns daher ein, den Absender zu fragen: Wer drückt sich aus und vor allem, wer dominiert das Gespräch?

Ein mächtiger Impulsgeber, ganz rechts, hat für sich den Vorteil der Vormachtstellung. Er arbeitet seit langem in der französischen Gesellschaft und setzt seine Worte und sein Lesemuster durch: Jeder stellt sich in Beziehung zu ihm. Auf der anderen Seite werden politische Sender, die traditionell einen Willkommens-Diskurs führen, geschwächt. In diesem Zusammenhang beginnt die Gegenrede damit, die abschließende Erzählung zu legitimieren, anstatt sie zu falsifizieren. Die Funktionsweise der Medienlandschaft und der neue Einfluss sozialer Netzwerke stellen eine zusätzliche Schwierigkeit dar: Sie fördern den Konflikt, den Zusammenstoß klarer Positionen. Es ist verlockend, die Offenheit radikal zu verteidigen, während der dominante Diskurs von Rückzug durchdrungen zu sein scheint.

Aber wenn Radikalität die Botschaft hörbar macht, macht sie sie paradoxerweise unzulässig. Sie treibt eine so genannte Polarisierung der öffentlichen Debatte voran: Sie ist weit davon entfernt, zu vereinen, im Gegenteil, sie spaltet. Es kommt also alles auf den Empfänger, d.h. auf die öffentliche Meinung an. Wenn die Schwierigkeit in ihr liegt, dann müssen wir sie auch verstehen und mit ihr arbeiten. Es ist diese Einsicht, die den Ursprung von More in Common bildet.

Das bedeutet, in ein Feld zu gehen, das nicht nur soziologisch oder politisch, sondern auch psychologisch ist. Zu bestimmen, wie

Botschaften wahrgenommen und empfangen werden, mit welchem Wertesystem sie rasonieren und was ihre Kohärenz ist. Bei der Durchführung von More in Common's Umfragen in Frankreich, Deutschland und Italien, nutzten die Teams daher methodische Instrumente aus der Sozialpsychologie und der segmentierten Meinung entsprechend ihrer tiefen Überzeugungen, die mehrere Elemente enthüllten:

- Über den anderen - den Ausländer - zu sprechen bedeutet in erster Linie, über sich selbst - über uns zu sprechen;
- Wenn wir an dieser Stelle einen „Anderen“ benennen und ablehnen müssen, dann deshalb, weil sich dieses „Wir“ in der Krise befindet;
- Diese Unsicherheiten sprengen die traditionellen politischen Polaritäten - oder schwächen sie zumindest und verhüllen sie: Die linke/rechte Achse ist in der öffentlichen Meinung nicht mehr so strukturiert wie in der Vergangenheit. Eine offene/geschlossene Achse wird installiert und spaltet bestehende Parteiensysteme;
- Obwohl diese beiden offenen und geschlossenen Einrichtungen die öffentliche Meinung strukturieren, sind sie nicht in der Mehrheit. In Frankreich wie in Deutschland ist die Mehrheit ambivalent.

Die Bekämpfung der Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten erfordert daher, über den Gegensatz zwischen denen, die sie unterstützen, und denen, die sie ablehnen, hinauszugehen. Wenn ambivalente Menschen auch anfällig für Geschichten über den Fremden als Quelle all ihrer Übel sind, dann deshalb, weil wir in einem Kontext der Unsicherheit dazu neigen, die Probleme aus der Perspektive unserer eigenen Stammgruppe zu sehen. Ambivalenz gibt uns jedoch Hoffnung: Sie bedeutet, dass das Bewusstsein funktioniert. Wenn es eine Schwachstelle im Diskurs über den Rückzug gibt, bedeutet das auch, dass die Möglichkeit besteht, der Gastfreundschaft Gehör zu verschaffen. Die Erfahrung aus der Praxis gibt uns Hoffnung: Menschen verändern sich und konkretes Handeln macht den Unterschied. Wir haben gesehen, wie Dörfer gegen die Gründung einer Aufnahme- und Orientierungszentrum (Centre d'accueil et d'orientation, CAO) oder Aufnahmezentrum

für Asylbewerber (Centre d'accueil pour demandeurs d'asile, CADA) demonstriert haben und einige Jahre später gegen ihre Schließung.

Dies bedeutet, dieses Bedürfnis nach Zugehörigkeit ernst zu nehmen, indem man versucht, ein größeres „Wir“ hervorzubringen, die nationale Narrative zu erweitern, aber auch das zu betonen, was uns gemeinsam ist, und nicht das, was uns trennt. Es bedeutet auch, über Fakten und Zahlen hinauszugehen: Wir behalten nur diejenigen, die unsere Überzeugungen bestätigen. Emotionen und Werte spielen eine wichtige Rolle. Es bedeutet auch, dass wir in der Lage sind, uns in diejenigen einzufühlen, die nicht wie wir denken und uns in die Lage unseres Gesprächspartners zu versetzen, aber auch den glaubwürdigsten Sender in den Augen ambivalenter Menschen zu suchen: Nicht unbedingt sind das wir selbst. Das bedeutet schließlich, in den Fragenkomplex der Forderung nach Gerechtigkeit einzutreten und diejenigen zu begleiten, die wieder Macht über ihr Leben gewinnen wollen.

Gute Kommunikation kann sich auszahlen. Das wird umso mehr geschehen, wenn Ungleichheiten abgebaut werden und sich eine neue Perspektive eröffnet.

> Intervention : Laurent Berger

Generalsekretär des Französischen Demokratischen Gewerkschaftsbundes (CFDT)

Die CFDT hat sich für eine Aufnahmepolitik gegenüber Flüchtlingen eingesetzt, weil es in ihren Genen liegt, einen humanistischen Ansatz zu verfolgen. Humanistisch, das heißt Chancengleichheit für Frauen und Männer, das heißt auch unter Berücksichtigung der realen Situation jener Menschen, die aus vielfältigen und unterschiedlichen, immer dramatischen Gründen gezwungen sind, in unserem Land Zuflucht zu suchen.

Zweitens wurden oft ängstliche, ja sogar negative Ansätze zur Migration bekämpft. Wir wissen, dass dies Auswirkungen auf die öffentliche Debatte hat und dass das Thema Migration oft ausgenutzt wird. Die CFDT wollte diese Debatte immer durch Grundwerte ersetzen, wie die Unterstützung von Menschen in Not, ihre Aufnahme unter würdigen Bedingungen und den Wunsch nach einer würdevollen und offenen Politik gegenüber Flüchtlingen.

Im Bereich der Migration müssen wir dies relativieren. Und die Rolle der Politik im allgemeinen Sinne des Wortes besteht darin, die Idee einer Art Invasion nicht entstehen zu lassen, wie einige populistische Regierungen diese Theorie gerne aufbauen.

Eine echte europäische Politik, die die Grundlage für die Aufnahme dieser Flüchtlinge in Würde schafft, ist notwendig. Daher wäre es notwendig, eine Reihe von Regeln zu überprüfen, die diese Migranten heute in eine unwürdige Situation bringen, wie die Dublin-Verordnung, die persönliches Niemandsland schafft. Wir wissen nicht, wie wir diese Menschen willkommen heißen sollen, wenn sie durch ein anderes europäisches Land eingereist sind. Es sollte auch ein Europäisches Migrationsbüro eingerichtet werden, um die Grundlagen für eine echte europäische Politik zu schaffen. Es ist schwieriger als vor zehn Jahren, weil populistische Regierungen in Europa Fortschritte gemacht haben, aber Frankreich würde sich noch würdiger machen, wenn es in der Lage wäre, diese Vision auf die europäische Ebene zu bringen.

Die Rolle einer Gewerkschaftsorganisation besteht darin, in die Gesellschaft integriert zu werden und sich mit allen sozialen Fragen zu befassen. Der Mitarbeiter ist auch ein Bürger sowie ein potenzieller assoziativer Akteur. Die Migrationsfrage ist daher für die CFDT von zentraler Bedeutung, da sie der Vision einer offenen Gesellschaft entspricht. Aber ganz allgemein vertritt die Gewerkschaft Werte wie Emanzipation, soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte. Die CFDT hat dies getan, ist an diesen Migrationsfragen interessiert und äußert sich, wenn sie mit der verfolgten Politik nicht einverstanden ist. Auch hier fühlt sich die CFDT in ihrer Aufgabe voll auf wohl, auch wenn sie dafür kritisiert wurde. Wenn es um ihre Kernwerte geht, wird sie nie schweigen.

„Asyl-, Menschenrechts- und Aufnahmestrategien“

Moderation : Thierry Le Roy, Präsident von France Terre d'Asile



Paolo Artini

Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Frankreich

Vor einigen Wochen gab der französische Philosoph Michel Serres ein Interview, in dem er betonte, wie wichtig es ist, sich in die Lage der Opfer zu versetzen, um diesen Zeiten besser zu verstehen. Dieser Ansatz kann uns bei der Diskussion über die auf europäischer Ebene verfolgte Aufnahmestrategie helfen.

Ein fünfstufiger Prozess ermöglicht es, der Odyssee eines Flüchtlings zu folgen:

1/ Zunächst müssen wir uns daran erinnern, wer die Flüchtlinge sind: Kinder, Frauen, Männer, die Opfer von Verfolgung geworden sind, Rechtsverletzungen, die vor Kriegs- und Gewaltsituationen geflohen sind und die gezwungen wurden, ihre Häuser und Länder zurückzulassen. Wir müssen uns über diese Definition im Klaren sein, weil sie ganz konkrete rechtliche Konsequenzen aus der Genfer Konvention hat und weil sie Elemente enthält, die bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu berücksichtigen sind, insbesondere wegen der traumatischen Erfahrungen, die sie gemacht haben.

2/ Es ist sehr selten, dass Flüchtlinge direkt nach Europa kommen, da die erste Asylstaaten in der Regel Nachbarn ihrer Herkunftsländer sind. Die Türkei beispielsweise beherbergt fast vier Millionen Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Irak und

so weiter. Die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge in der Welt befindet sich nicht in Europa: Die Entwicklungsländer nehmen 86% der Flüchtlinge der Welt auf. Darüber hinaus ist die Zahl der Ankünfte in der EU deutlich zurückgegangen und nun viel besser zu bewältigen. Wichtig ist hier der politische Wille, die Situation im Geiste der Solidarität zu bewältigen, was sich in einer gemeinsamen Verantwortung ausdrückt.

Am 17. Dezember 2018 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein neues internationales Abkommen, den Global Compact on Refugees. Ziel ist es, die Art und Weise, wie die internationale Gemeinschaft auf massive Bevölkerungsbewegungen reagiert, zum Wohle der Flüchtlinge und ihrer Aufnahmegemeinschaften zu verändern. Der Pakt übersetzt den Gedanken der gemeinsamen Verantwortung in einer Reihe konkreter Maßnahmen von Regierungen und Privatwirtschaft. Diese Vereinbarung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem es dringend notwendig ist, das Problem der Rekordzahl entwurzelter Menschen zu lösen: Mehr als 68,5 Millionen Menschen weltweit wurden gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen, darunter mehr als 25,4 Millionen Menschen, die Grenzen überschritten haben und Flüchtlinge sind.

3/ Die dritte Stufe ist für die meisten Flüchtlinge, die keine andere Wahl haben, als ihre Reise nach Europa fortzusetzen, die schwierigste, die dramatischste. Die Mittelmeerüberquerung ist die tödlichste Grenzüberquerung der Welt. Das UNHCR schätzte, dass 2018 2.275 Menschen auf See umgekommen sind, was einem Durchschnitt von 6 Todesfällen pro Tag entspricht. Im Moment gibt es 226 geschätzte Opfer für das Jahr 2019.

Um Leben zu retten, bedarf es eines koordinierten und berechenbaren regionalen Mechanismus zur Stärkung der Seerettungskapazitäten mit Landvereinbarungen und Verfahren wie Verlagerungen, um Verhandlungen von Fall zu Fall bei der Ankunft jedes humanitären Schiffes zu vermeiden. Auch die Such- und Rettungskapazitäten im zentralen Mittelmeerraum müssen gestärkt und die restriktiven Maßnahmen

gegen NGOs aufgehoben werden. Die mit diesen Reisen verbundenen Risiken zeigen, wie wichtig die Entwicklung legaler Zugangswege wie Umsiedlung, aber auch Familienzusammenführung ist. Im Jahr 2018 wurden weniger als 5% des weltweiten Umsiedlungsbedarfs gedeckt. Von den insgesamt 1,2 Millionen bedürftigen Flüchtlingen wurden nur 55.692 tatsächlich umgesiedelt, und von den 50.000 Flüchtlingen, die im Neuansiedlungsprogramm der EU vorgesehen sind, sind 21.000 Flüchtlinge in die EU eingetroffen. Auch bei der Familienzusammenführung gibt es mehrere Hindernisse: Die Verfahren sollten flexibler sein, um die Einheit der Familie zu ermöglichen und die Risiken solcher Reisen zu vermeiden.

4/ Die vierte Stufe betrifft den Zugang zu den Aufnahmebedingungen und das Asylverfahren. Es ist wichtig, niemanden auf der Straße zurückzulassen, und in diesem Sinne müssen wir allen Akteuren danken, die dazu beitragen. Es ist wichtig, ausreichende Aufnahmekapazitäten bereitzustellen, ohne Angst vor einem Luftzug-Effekt zu haben, der in den meisten Fällen nicht gerechtfertigt ist. Asylverfahren können schnell sein, müssen aber fair und von hoher Qualität bleiben. In diesem Sinne arbeitet das UNHCR in Frankreich mit dem französischen Amt für den Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen (Ofpra) und dem Nationalen Asylgericht (Cnda) zusammen.

5/ Der letzte Schritt ist die Integration. Sie ist sehr wichtig, weil sie es Flüchtlingen ermöglicht, ein neues Leben in Würde und Unabhängigkeit zu beginnen. In Frankreich wurden wichtige Maßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel die Erhöhung der Anzahl der Stunden Französischkurse. Das UNHCR hat eine sehr enge Zusammenarbeit mit Partnern entwickelt, nicht nur für den Zugang zur Beschäftigung, sondern auch für eine veränderte Sichtweise der Flüchtlinge und eine bessere Anerkennung ihres positiven Beitrags zur Aufnahmegemeinschaft.

In diesem schwierigen Kontext war es wichtig, sich die Fakten, die Wünsche der Flüchtlinge, die Bedeutung der familiären Einheit der Flüchtlinge und die Stärkung ihrer Autonomie ins Gedächtnis zu rufen. Die Veränderung der Wahrnehmung der Menschen

bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen in Europa. Die Erläuterung des schwierigen Weges von Menschen, die gezwungen sind, aus ihrem Land zu fliehen, und die Erleichterung der Begegnung mit Flüchtlingen müssen weiterhin eines unserer wichtigsten Anliegen sein.

Karl Kopp

Leiter der Europaabteilung von PRO ASYL und Mitglied des Vorstands des Europäischen Flüchtlingsrats ECRE

PRO ASYL wurde 1986 gegründet, hat derzeit 25.000 Mitglieder und ist finanziell unabhängig.

Seit dem Europäischen Rat von Tampere sind zwanzig Jahre vergangen. Obwohl viele Richtlinien und Verordnungen verabschiedet wurden, gibt es immer noch eine „Schutzlotterie“: De facto steckt das europäische Asylrecht immer noch in den Kinderschuhen. Europa ist weiterhin ein Flickenteppich, was menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Verfahren sowie Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme angeht. Der Mangel an Solidarität und Menschlichkeit im Zuge der Flüchtlingsschutzkrise hat die wenigen willigen Staaten so unter Druck gesetzt, dass es nunmehr nur noch verschiedene Koalitionen der Unwilligen gibt. Die Mitgliedsstaaten sind heillos über die Flüchtlingsaufnahme und Verteilung zerstritten, aber sehr schnell einig bei der Abwehr und der Externalisierung der Verantwortung.

Deal statt Recht: Schutzsuchende Menschen außerhalb der eigenen Grenzen wirksam festsetzen, dies versucht die EU nicht nur durch den Türkei-Deal, sondern auch durch Deals mit Staaten, in denen regionale Warlords oder Diktatoren herrschen. Schwere Menschenrechtsverletzungen werden dabei bewusst in Kauf genommen.

Seit dem Schiffbruch von Lampedusa am 3. Oktober 2013 starben über 13.000 Menschen im zentralen Mittelmeer. Und was macht Europa? Zivile Seenotrettung verhindern bzw. kriminalisieren und weiter mit der „libyschen Küstenwache“ zusammenarbeiten, damit diese Bootsflüchtlinge abfangen und in die Folterlager Libyens zurückschaffen kann.

Obwohl in allen UN-Dokumenten erwähnt wird, dass es sich bei dieser „Küstenwache“ um Schmuggler, Menschenhändler oder Dschihadisten handeln kann und dass viele Menschenrechtsverletzungen begangen werden. In 2017 und 2018 hat die „libysche Küstenwache“ mehr als 30.000 Bootsflüchtlinge auf dem Meer aufgegriffen. Im Rahmen ihrer Patrouillen und „Rettungseinsätze“ wendet sie Gewalt gegen Männer, Frauen und Kinder an, zwingt die Betroffenen auf ihre Schiffe und bringt sie zurück in die libysche Hölle.

Die EU versucht, die Verletzung des Refoulement-Verbots durch Delegieren an ihre libyschen Stellvertreter zu umgehen. Auch sogenannte „Pull-Backs“ – das Abfangen und gewaltsame Zurückbringen von Flüchtlingsbooten nach Libyen durch die „libysche Küstenwache“ – verletzen internationales Recht.

Der fortlaufende eklatante Völkerrechtsbruch im Mittelmeer muss sofort beendet und die blutige Arbeitsteilung mit den Kommandos der „libyschen Küstenwache“ gestoppt werden. Die verbrecherische Blockade der zivilen Seenotrettung ist eine Schande. Die EU hat die Pflicht, einen robusten, flächendeckenden EU-Seenotrettungsdienst aufzubauen. Auswege aus dem humanitären Desaster im Mittelmeer bieten jedoch nur legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Den Bootsflüchtlingen muss nach Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen eine menschenwürdige Aufnahme und Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt werden. Nach ihrer Ankunft müssen diese Personen mit Würde empfangen werden, ohne inhaftiert oder in Lager bzw. Hotspots gebracht zu werden. Nach der Registrierung müssen sie von Staaten aufgenommen werden, die bereit sind, Flüchtlinge im Rahmen von Umverteilungsprogrammen (relocation) aufzunehmen. Nicht alle EU-Mitgliedstaaten, aber vielleicht 15 oder 16, könnten Teil einer „Koalition gut gesinnter Staaten“ sein. Zahlreiche Städte, Regionen und Gemeinden in Deutschland und Europa haben bereits ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Für sie muss die Möglichkeit geschaffen werden, Bootsflüchtlinge im Rahmen eines Relocation-Programms aufzunehmen.

Darüber hinaus haben Angela Merkel und Emmanuel Macron angesichts der erschreckenden Bilder von den Lagern und der Sklaverei in Libyen zu Recht einen Mechanismus gefordert, um die Evakuierung der festsitzenden Flüchtlinge in Libyen beschleunigen. Aber die lebensrettenden Evakuierungen dauern quälend lang, weil es in Europa und in der westlichen Welt zu wenige Aufnahmeplätze gibt.

Das breite zivilgesellschaftliche Engagement in Europa für die Seenotrettung, für das Recht auf Leben, für den uneingeschränkten Flüchtlingsschutz sind Zeichen der Hoffnung. Ebenso wie zahlreiche Städte und Regionen in der EU, die sagen: Wir sind bereit zur Aufnahme von Schutzsuchenden. In Europa haben sich aktuell die Hardliner, die Orbans und Salvini durchgesetzt. Rechtspopulisten diktieren die EU-Agenda. Das Projekt Europa steht vor dem Aus. Zur Erinnerung, in Artikel 2 des EU-Vertrages heißt es: *„Die Werte, auf die sich die [Europäische] Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte“*. Umso entschlossener müssen wir Eintreten für ein anderes Europa, das genau diese Rechte verteidigt.

Ulrich Lilie

Präsident der Diakonie Deutschland und Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung (EWDE)

Was Paolo Artini gesagt hat, ist wesentlich. In all diesen Debatten, in denen immer wieder über Menschen gesprochen wird, ist es in der Tat wichtig, sich für die Geschichte jedes Einzelnen zu interessieren. Jeder hat ein Gesicht, eine Geschichte und einen Namen.

Im Januar hat Saul Friedländer, Historiker und einer der letzten Überlebenden des Holocausts in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestags an die Opfer des Holocaust und des Nationalsozialismus gesprochen. Mit der bewegenden Beschreibung seiner persönlichen Geschichte und der Deportation und Ermordung seiner Familie löste er im Parlament große Betroffenheit aus.

Er erinnerte daran, dass die Erfahrung des Scheiterns der Konferenz von Evian 1938 und die damit verbundenen verheerenden Folgen für viele deutsche und österreichische jüdische Flüchtlinge Teil der Entstehungsgeschichte der Genfer Flüchtlings-Konvention von 1951 ist, die ein individuelles Recht auf Asyl vorsieht. Es ist wichtig, die aktuelle Debatte über den Schutz in diesen historischen Kontext zu stellen. Saul Friedländer schloss seine sehr bewegende Rede im Bundestag mit der Aufforderung: *„Ich bitte euch, und ich bin sicher ihr werdet das tun, in Deutschland für die wahre Demokratie zu kämpfen“*. Dazu gehört auch, dass wir weiter für das Asylrecht kämpfen.

Matthias Ruete, ein hoher deutscher Politiker und ehemaliger Direktor der Kommission für Asyl und Migration bei der Europäischen Kommission, sagte 2015 in einem persönlichen Gespräch: *„Dublin ist M***. Das werden wir jetzt verändern.“* Er war damals sehr optimistisch, als er sagte, dass es notwendig sei, einen „angemessenen Verteilungsmechanismus“ für Geflüchtete zu schaffen. Seine Nachfolgerin sagte allerdings im vergangenen Jahr in einem Gespräch in Brüssel, immer noch sehr kämpferisch, dass es *„in dieser schwierigen Situation, wahnsinnig schwierig [sei], etwas hinzukriegen“*.

Es ist wunderbar, dass mittlerweile 86 deutsche Städte, von Arnsberg bis Potsdam, sagen, sie wollen Teil der humanitären Lösung sein. Sie haben sich zu einem Sicheren Hafen erklärt, die Seebrücken-Bewegung ist mittlerweile zu einer europäischen Bewegung angewachsen. Es ist wichtig, diese Netzwerke zu stärken, für eine echte Demokratie zu kämpfen, insbesondere das deutsch-französische Potenzial in diesem Prozess zu nutzen und es dann in ganz Europa zu verbreiten. Denn wenn die Menschenrechtserzählung nicht die bindende Erzählung ist, die uns in Deutschland und in Europa verbindet, dann glaube ich wird Bundeskanzlerin Angela Merkel kein Gehör oder Verständnis finden, wenn sie in China oder anderswo die Einhaltung von Menschenrechten anmahnt.

Geneviève Jacques

Ehemalige Präsidentin und Mitglied des Vorstands von La Cimade

Die Behandlung der Reaktion auf das Asylrecht, die Achtung der Menschenrechte und die Art und Weise, wie Frauen, Männer und Kinder begrüßt werden, ist ein Hinweis auf die Grundlage von Werten, auf denen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde. La Cimade macht die alarmierende Feststellung, dass die von unseren Regierungen eingeführte Migrationspolitik in den letzten Jahren diesen Kernwert geschwächt hat. Wenn es kracht, sind die ersten Opfer immer die verwundbarsten, vor allem Ausländer.

Am Vorabend der Europawahlen sind diese Fragen angesichts des Aufkommens nationalistischer und fremdenfeindlicher Strömungen, die mit der Ablehnung von Vertriebenen einhergehen, von entscheidender Bedeutung. Es besteht dringender Bedarf an einer Gegenoffensive, indem völkerrechtswidrige Politiken angeprangert und Vorschläge zur Förderung des Wandels entwickelt werden. Die katastrophalen Folgen der derzeitigen Migrationspolitik sind allen bekannt: fehlende legale Zugangswege zum europäischen Territorium, ausgeklügelte Maßnahmen zur Verlagerung der Verantwortung für Kontrollen und Hindernisse auf Drittländer und unzureichende Aufnahmeeinrichtungen. Die so genannte Dublin III-Verordnung veranschaulicht Gewalt und institutionellen Missbrauch. Die Zahl der Asylbewerber, die in Frankreich im Rahmen des Dubliner Verfahrens eingestellt wurden, hat sich zwischen 2014 und 2018 fast versiebenfacht: 6.000 im Jahr 2014 gegenüber 40.260 im Jahr 2018. Dieser Anstieg ist die abgeschwächte Folge der Zunahme der Zahl der Menschen, die seit 2015 auf der Suche nach Schutz über den Balkan und das Mittelmeer nach Europa kommen.

Vor Ort führt die Umsetzung dieser Dubliner Verordnung zu einem sinnlosen bürokratischen Mechanismus, der vorgibt, Asylbewerber in das erste europäische Land zurückzuschicken, in dem sie ihre Fingerabdrücke hinterlassen haben, ohne Rücksicht auf ihren Hintergrund, ihre Entscheidungen, ihre persönlichen oder familiären Bindun-

gen. Dieses zutiefst ungerechte System funktioniert jedoch nicht:

- Das Fehlen eines gemeinsamen politischen Willens der europäischen Staaten, die Verantwortung für die Aufnahme zu teilen, belastet die an den Außengrenzen gelegenen Länder (Italien, Griechenland, Ungarn, Bulgarien), die sowohl über geringere Ressourcen verfügen als auch Ablehnungsmaßnahmen durchführen;
- Die eklatanten Unterschiede bei den Schutzraten und Aufnahmebedingungen zwischen den europäischen Ländern führen dazu, dass Menschen, denen in einem Land das Asyl verweigert wird, in ein anderes Land ziehen, wo die Chance auf eine positive Antwort größer sein könnte.

Nach einem anstrengenden Exil beschließen einige Menschen in Frankreich, Asyl zu beantragen. Aber dann beginnt für sie ein langes Fegefeuer, das 6 bis 18 Monate dauert, in dem ihr Schutzantrag nicht bearbeitet wird und ihnen nur ein Mindestbetrag an staatlicher Unterstützung gewährt wird. Tausende von Menschen befinden sich in extremer Unsicherheit und Instabilität und destabilisieren die bereits überfüllten Notunterkunftssysteme weiter. Immer mehr dieser Exilanten sind heute obdachlos. Diese „verrückte“ Maschine ist zudem ineffizient und teuer. Nach den statistischen Daten, die im Zeitraum 2016-2017-2018 in Frankreich analysiert wurden, wurden 94.000 Erwachsene in das Dubliner Verfahren einbezogen, 7.300 wurden tatsächlich überwiesen und 43.000 wurden in das normale Verfahren umgliedert. Dies veranschaulicht die Absurdität dieser Verordnung, die den Zugang zu Asylanträgen ablehnt, die Traumata von Exilanten verschlimmert und jeden Integrationsprozess verzögert.

Was die finanziellen Kosten betrifft, so hat der Forschungsdienst des Europäischen Parlaments im Oktober 2018 einen Bericht über die Kosten veröffentlicht, die durch die Mängel der europäischen Asylpolitik verursacht werden⁷. Die Kosten für die Rückführung von einem Land in ein anderes werden auf 15,5 Millionen Euro pro Jahr und der durch Verwaltungskontrollmechanismen und Soforthilfe für „Dublin-Flüchtlinge“ verschuldete Betrag auf 186 Millionen Euro beziffert,

ganz zu schweigen von den Kosten für die Festhaltemaßnahmen. Angesichts dieses Scheiterns wäre es dringend geboten, dieses System gründlich zu überprüfen, aber die Uneinigkeit zwischen den europäischen Regierungen lähmt jede Reflexion in diese Richtung. Es liegt daher an den Akteuren der Zivilgesellschaft, sich Gehör zu verschaffen und Druck auf die europäischen Institutionen auszuüben, um eine neue Konzeption von Europa zu fordern und eine echte Änderung der Asyl- und Einwanderungspolitik vorzuschlagen.

La Cimade legt 5 Vorschläge vor:

- 1/ Anerkennung des Scheiterns der Dublin-Verordnung und Entwicklung eines Systems zur Aufnahme von Asylbewerbern auf der Grundlage der Solidarität zwischen den Staaten, der Achtung der Grundrechte und der individuellen Entscheidungen;
- 2/ Harmonisierung der Aufnahmeverfahren und -bedingungen von oben, damit der Zugang zu einem fairen und gerechten Verfahren und einer würdevollen Aufnahme in ganz Europa gewährleistet ist;
- 3/ Öffnung weiterer legaler Zugangswege zum europäischen Territorium, um den Tragödien und Todesfällen auf den Wegen ins Exil ein Ende zu setzen;
- 4/ Beendigung der Auslagerung von Kontrollpolitiken und Repressionen und Einrichtung einer egalitären Nord-Süd-Kooperation;
- 5/ Schließung von „Sortierplätzen“ an den Grenzen und Ablehnung, dass die Inhaftierung von Ausländern als „akzeptable Steuerung“ der Migration genutzt werden kann.

Trotz des Verzichts oder der Feindseligkeit der Regierungen, sich in diese Richtung zu bewegen, gibt es in den europäischen Zivilgesellschaften Kräfte, die bereit sind, an der Seite der Exilanten die Grundprinzipien des Schutzes der Würde und der Menschenrechte, der Solidarität und der Ablehnung von Diskriminierung zu verteidigen. Es ist in der Tat diese Herausforderung, die für die Zukunft eines Europas steht, in dem alle leben können.

7 - Wouter van Ballegooij und Cecilia Navarra, The Cost of Non-Europe in Asylum Policy, Europäischer Parlamentarischer Forschungsdienst, Oktober 2018.

Laurent Giovannoni

Leiter der Abteilung „Aufnahme und Ausländerrechte“ von Secours Catholique

Erwähnenswert ist die Situation an den französischen Binnengrenzen und die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Aufnahme von Flüchtlingen und der Frage der Verteidigung der Grundrechte und -freiheiten. Ziel der Externalisierungspolitik der europäischen Staaten ist es, einen Mechanismus zu schaffen, um Asylbewerber auf Distanz zu halten: Nur bestimmte ordnungsgemäß „gewählte“ Vertreter werden Zugang zum europäischen Territorium erhalten.

Die Folgen im Hinblick auf die Verletzung der Grundrechte des Einzelnen sind gravierend: Verzicht auf humanitäre Hilfe im Mittelmeerraum; Entwicklung von Praktiken der Rückweisung von Geflüchteten in „gescheiterte“ Staaten, in denen kriminelle Netzwerke und grundrechtsverletzende Praktiken vorherrschen; Projekte zur Schaffung geschlossener Zentren an den Grenzen oder außerhalb der EU usw. Das Gegenstück zu dieser Eindämmungspolitik ist an den Landesgrenzen deutlich sichtbar: Geflüchteten, die mit eigenen Mitteln Zugang zum europäischen Territorium suchen, sind nicht mehr willkommen.

Seit 2015 werden an der „niederschwellig“ französisch-italienischen Grenze (Menton, Ventimiglia, Roya-Tal) verschiedene Praktiken von Rechtsverletzungen beobachtet und dann über die Alpengrenze (zum Beispiel in Briançon) verbreitet. Ein ähnlicher Trend scheint sich in den letzten Monaten an der französisch-spanischen Grenze gezeigt zu haben. In diesen Grenzgebieten, den „Transitorten“, gibt es eindeutig mehrere Gemeinsamkeiten:

- Verwaltungs- und Polizeipraktiken, die außerhalb des nationalen Rechtsrahmens liegen: Refoulements und Rückführungen zu den Grenzen ohne Mindestachtung der Rechtsstaatlichkeit, Rückweisungen von unbegleiteten Minderjährigen, Weigerung, Asylanträge zu registrieren, etc.;
- Ein Verwaltungs- und Sozialsystem, das keine humanitäre Aufnahme vorsieht, mit

der Gefahr, die physische Integrität von Geflüchteten zu gefährden;

- Polizeiliche Belästigung von Geflüchteten durch die Evakuierung von Lagern und den Einsatz von manchmal gewalttätigen und illegalen Methoden, wie die Zerstörung von persönlichem Eigentum;
- Ein Prozess der Nichtzusammenarbeit, Ausgrenzung, Einschüchterung und Gerichtsverfahren gegen Netzwerke von Bürgerakteuren und Verbände.

Die Kohärenz und Komplementarität der beobachteten Praktiken zeigt, dass es sich nicht mehr nur um Funktionsstörungen oder Ausrutscher in den staatlichen Diensten handelt. Es sind in der Tat eine Reihe von Bestimmungen, die ein System bilden und eine Abschreckungspolitik in die Praxis umsetzen, die frei von den Grundregeln der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten ist, um Migrationsrouten zu anderen Zielen umzuleiten. Diese erhebliche Verschlechterung, diese langsame, aber stetige Veränderung der Politik, spiegelt sich in der Praxis in der Veränderung des Diskurses der aufeinanderfolgenden Regierungen wider.

Lange Zeit ging es darum, Flüchtlinge aufzunehmen und die Migrationsbewegungen zu kontrollieren. Dann wurde dieser Diskurs zu „Verteidigung des Asylrechts“ versus „Kampf gegen irreguläre Einwanderungskanäle“, dann „schnelle Unterscheidung den Asylberechtigten und denjenigen, die zurückgeführt werden“ und nun „bessere Distanz für bessere Aufnahme“.

Tatsächlich wird das Asylrecht seit vielen Jahren als Instrument zur Auswahl und Sortierung zwischen Ausländern genutzt, die Anspruch auf Aufnahme haben oder nicht. Es wurde von den Behörden missbraucht: Die Genfer Konvention wurde entworfen, um Flüchtlingen Schutz zu bieten, nicht um eine Einwanderungspolitik zu rechtfertigen oder zu betreiben! Damit sollten natürlich die notwendigen besonderen Schutzbedürfnisse der Flüchtlinge nicht verleugnet werden. Aber jeder kann sehen, dass diese binäre Opposition nicht mehr gilt. Während einige Asylbewerber eindeutig Flüchtlinge sind und andere nicht, hat ein großer Teil der im Exil lebenden Asylbewerber solche Moti-

vationen, Hintergründe und Bedürfnisse, dass es immer sehr heikel - und sehr subjektiv - ist, zu behaupten, ob sie in den Geltungsbereich des internationalen Schutzes fallen oder nicht. Dieser vereinfachte Gegensatz zwischen Menschen, die „Asylrecht haben“ und solchen, die „zurückgeführt werden müssen“. Er wird jedoch nach wie vor bewusst eingesetzt, weil er die übereilte Sortierung und die Maßnahmen zur Aufnahme von „Berufstätigen“ rechtfertigt, aber auch und vor allem, um abzuschrecken, zu blockieren, auf Distanz zu halten oder „alle anderen“ fernzuhalten.

Unter den Geflüchteten, die an unseren Grenzen schwerwiegende Verletzungen erleiden, befinden sich schutzbedürftige Asylbewerber, andere nicht schutzsuchende Migranten, unbegleitete junge Minderjährige, junge Erwachsene in Bewegung sowie Frauen und Opfer von Netzwerken aller Art. Die Verweigerung der Aufnahme wird in eine bewusste Politik des Verzichts auf die Achtung der Grundrechte und -freiheiten umgewandelt. Aus dieser Beobachtung ziehen wir eine klare Schlussfolgerung: Die Aufnahme und der Schutz von Flüchtlingen sind nicht mehr isoliert möglich: Es ist wichtig, dass die Verteidigung des Asylrechts in erster Linie auf der bedingungslosen Verteidigung der Grundrechte jedes Geflüchteten beruht, unabhängig von den Gründen für seine Ankunft oder seinen Bedürfnissen.

Dies kann vielleicht die Grundlage für den Aufbau einer Politik der Gastfreundschaft sein. Sie basiert wahrscheinlich auf einer anderen Konzeption, nämlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung. Es ist ein wichtiger Grundsatz der Genfer Konvention und wird von Étienne Balibar in einem Interview mit Le Monde im August 2018 erwähnt: *„Aus diesem Prinzip würden mehrere Folgen resultieren. In erster Linie das Verbot der Ablehnung: Nicht nur, dass verirrte Personen nicht gewaltsam von einer Grenze oder Küste entfernt werden dürfen, sondern sie müssen in der Lage sein, ihre Bedürfnisse unter Bedingungen auszudrücken, die ihre Würde, ihre körperliche Unversehrtheit, ihre individuelle Autonomie respektieren und das erlittene Leiden berücksichtigen. Die „Beweislast“ darf nicht auf der Seite der Suchenden liegen, sondern auf der Seite der Staaten, die sich schwer tun, sie zu akzeptieren.“*



Bundesverband e.V.



Kreisverband
Berlin-Mitte e. V.



> Pariser Erklärung

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind Akteurinnen und Akteure aus Deutschland und Frankreich, die sich tagtäglich um die Aufnahme, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen kümmern. Sie wollen gemeinsam unterstreichen, dass das individuelle Recht auf Schutz und Asyl ebenso wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, wie in Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union verankert, für die Europäische Union konstitutiv sind. Während Regierungen und Parteien in Deutschland wie in Frankreich und anderswo in Europa versuchen, das Thema der europäischen Asyl- und Migrationspolitik zu instrumentalisieren, ist es an zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure wie Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen wie auch Städten, sich jetzt gemeinsam öffentlich zu äußern. Die Länder der Europäischen Union müssen sich auf eine Flüchtlingspolitik verständigen, die den Schutz und die Interessen der Flüchtlinge als auch die Situation der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und im Zentrum berücksichtigt und der Verantwortung Europas auch für Fluchtursachen gerecht wird. Das individuelle Asylrecht ist ein Menschenrecht und darf nicht eingeschränkt werden.

Die europäischen Regierungen handeln sehr unterschiedlich im Hinblick auf globale Herausforderungen des Flüchtlingsschutzes, sie folgen oft einer Logik der internen politischen Situation und der nationalen Interessen, häufig getrieben von einer einseitig aufgeheizten öffentlichen Debatte, in der oft Mythen statt Fakten dominieren. Die Handlungsunfähigkeit der europäischen Institutionen spiegelt die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten wider. Die Mitgliedstaaten und die EU zeigen Einigkeit nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner: der stärkeren Überwachung und Absicherung der Außengrenzen und Verlagerung der Schutzverantwortung in Richtung Dritt-, Transit- und Herkunftsstaaten.

Die Folge davon ist ein härter werdender Kurs in der Asyl- und Migrationspolitik, der in allen europäischen Ländern zu beobachten ist. Diese Entwicklung ruft zunehmend Verteidigerinnen und Verteidiger der Grund- und Menschenrechte von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten auf den Plan. Angesichts dessen sind zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure wie Vereine, Verbände und andere Organisationen ebenso wie Städte gefordert, die im Bereich der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten tätig sind, sich deutlich und gemeinsam in Europa zu Wort zu melden - und das nicht nur in Bezug

auf ihre Praxiserfahrungen, sondern auch in Bezug auf Antworten auf die politischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die damit verbunden sind. Integration gelingt nicht von alleine. Wir benötigen eine Integrationspolitik, die Mittel und Personen bereitstellt, die Integration fördern. Und wir benötigen Antworten, wie wir in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft leben wollen.

Gemeinsam wollen wir Vereine, Verbände und Organisationen wie auch Städte aus diesem Bereich zusammenbringen, zunächst vor allem aus Frankreich und Deutschland, anschließend aus mehreren europäischen Ländern. Zunächst in Paris, dann in Berlin und in anderen europäischen Kommunen, die sich daran beteiligen wollen, um sich auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen, Analysen und Forschungsergebnisse von Expertinnen und Experten einzuholen, um auf dieser Basis ein gemeinsames Netzwerk aufzubauen. So können wir gemeinsam zur Debatte in Europa beitragen, dort Erfahrungen, Expertise und Impulse einbringen.

Bereits jetzt können wir die wichtigsten Forderungen nennen, die für uns alle zentral sind:

- Unbedingte Beachtung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung (Non-Refoulement), ein in der Genfer Konvention verankerter Grundsatz, und zwar an allen Grenzen Europas;
- Keine Kriminalisierung von Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, die Schutzsuchenden lebenswichtige Hilfe und Unterstützung bieten;
- Vorrang der Seenotrettung und die sofortige Aufnahme von auf See geretteten und sonstigen an den Außengrenzen und in europäischen Häfen ankommenden Menschen. Es braucht einen solidarischen Verteilungsmechanismus zwischen europäischen Staaten, der das Recht auf ein faires Asylverfahren sicherstellt. Die Initiative «Sicheren Häfen» von über 40 deutschen Städten ist hier ein wichtiges Beispiel;
- Stärkung der Rolle der Städte und Kommunen bei der Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie die sich bildenden Netzwerke von «solidarischen Städten»;

- Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Für eine gelungene Integration und die Förderung ihrer Potentiale sind die Umstände ihrer Ankunft entscheidend. Erforderlich und hilfreich sind Wertschätzung der Flüchtlinge, eine menschenwürdige Unterbringung in der Mitte unserer Gesellschaft sowie ein möglichst schneller Zugang zu Kindertagesstätten, Schule, Ausbildung und Arbeit.

Ausgangspunkt der Pariser Erklärung ist eine deutsch-französische Initiative, an der sich die Organisationen der beiden Länder beteiligen, die das Thema vorantreiben wollen und diese Frage nicht den Hetzkampagnen des rechtsextremen Lagers überlassen wollen. Ausgehend von einem deutsch-französischen Tandem, soll ein Netzwerk entwickelt werden und ein regelmäßiges Austauschformat mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und Kommunen weiterer europäischer Städte aufgebaut werden.

